

Beiträge zum
Widerstand 1933–1945

BERLIN

18

ADAM WOLFRAM

Bergarbeiter im Widerstand

GEDENKSTÄTTE DEUTSCHER WIDERSTAND BERLIN

Adam Wolfram

Bergarbeiter im Widerstand

Zerschlagung der Gewerkschaften

Als Hitler am 30. Januar 1933 Reichskanzler wurde, ahnten viele aktive Gewerkschafter, daß ihnen schwere Zeiten bevorständen; aber alle glaubten, daß es möglich sei, die schwere Bedrohung durch die Nazis zu überstehen. Funktionäre und Mitglieder waren fest überzeugt, daß die Gewerkschaften, deren Existenz und Rechte in der Verfassung von Weimar und Gesetzen garantiert waren, auch diese Zeit überleben würden. Bedrohungen hatte es auch in früheren Jahrzehnten schon gegeben. Sie mochten zwar vorübergehend zu einer Schwächung führen, zerstören aber konnten sie die Organisation nicht. Keiner konnte sich vorstellen, daß die mächtige Gewerkschaftsbewegung mit ihren Einrichtungen durch einen Federstrich beseitigt werden könnte. Deshalb versuchten die Vorstände im Februar und März 1933 in Gesprächen mit der neuen Staatsführung herauszufinden, unter welchen Bedingungen die Arbeit fortgesetzt werden könnte. Sie schätzten dabei die wahren Absichten der Nazis falsch ein. Diese dachten gar nicht daran, die alten Gewerkschaften unter der NS-Herrschaft fortbestehen zu lassen. Man benötigte nur noch etwas Zeit, um zum großen Schlag gegen die organisierte Arbeiterbewegung auszuholen.

Nach der letzten allgemeinen Reichstagswahl am 5. März 1933 erhielten Nazis und Deutschnationale im Parlament die Mehrheit und beschlossen am 23. März mit Zustimmung des Zentrums, der Bayrischen Volkspartei (BVP) und anderer bürgerlicher Parteien ein Ermächtigungsgesetz, das die ganze Staatsgewalt in die Hände der Reichsregierung beziehungsweise Hitlers legte.

Selbst diese Entscheidung und der Druck, den die Nazis ausübten, konnten nicht verhindern, daß die Ende März und April durchgeführten Betriebsräte-wahlen zu einem großen Erfolg der Gewerkschaften wurden.

Im gesamten mitteldeutschen Bergbau gelang es den Nazis lediglich in einem Dutzend Betrieben, überhaupt Kandidaten in die Betriebsvertretung zu entsenden. Mehr als zwei bis drei Mitglieder erhielten sie in keinem Betriebsrat. Die Nazi- und Staatsführung mußte erkennen, daß die organisierten Arbeiter fest zu ihren Gewerkschaften standen. Um die Arbeiterschaft für sich zu gewinnen, mußten sie sich etwas einfallen lassen. Mitte April ließ

Hitler den 1. Mai zum Tag der nationalen Arbeit erklären und forderte dazu auf, ihn in ganz Deutschland in großen Kundgebungen zu feiern. Die Betriebsleitungen erhielten den Auftrag, mit den Belegschaften geschlossen zu erscheinen. Jeder Kundgebungsteilnehmer erhielt 5 Reichsmark Taschengeld vom Betrieb.

Die Empfehlung der Bundesvorstände aller Gewerkschaftsrichtungen, den 1. Mai gemeinsam mit der Nazibewegung zu begehen, wurde von vielen Mitgliedern nicht verstanden. Ein Teil der organisierten Arbeiter folgte daher dieser Empfehlung nicht. Das bedeutete jedoch nicht, daß nur ein kleiner Teil der Organisierten den 1. Mai mitfeierte. Die Großbetriebe marschierten geschlossen auf, und viele Gewerkschaftler konnten gar nicht wagen, der Demonstration fernzubleiben, wenn sie ihren Arbeitsplatz nicht verlieren wollten. Dennoch verschwanden viele sofort nach Erreichen des Kundgebungsplatzes.

Das schreckliche Erwachen erfolgte am nächsten Tag. Am 2. Mai marschierten frühmorgens bewaffnete SA-Trupps durch die Straßen der Städte und besetzten die Gewerkschafts- und Volkshäuser.

Für die mitteldeutsche Region ist zu sagen, daß die meisten Gewerkschaften ihre Büros im Gewerkschaftshaus am Harz in Halle hatten. Nur wenige Verbände besaßen eigene Häuser in anderen Stadtteilen. Die Leitung der Bergarbeiter war im eigenen Haus in der Ladenbergstraße untergebracht. Vor dem Gewerkschaftshaus am Harz marschierte eine Hundertschaft schwerbewaffneter SA auf, besetzte die Ein- und Ausgänge sowie die Druckerei des Volksblattes. In Gruppen drangen sie in die Büroräume ein. Kurz darauf führten sie leitende Sekretäre der Verbände heraus, ließen sie auf Lastwagen steigen und brachten sie durch Posten begleitet ins Polizeigefängnis. Führungskräfte, die nicht im Büro waren, verhaftete man in ihren Wohnungen und lieferte sie ebenfalls ins Polizeigefängnis ein.

Kurz vor 8 Uhr erschien vor dem Büro der Bergarbeitergewerkschaft in der Ladenbergstraße ein mit Gewehren und Pistolen bewaffneter Trupp von acht SA-Leuten. Zwei Posten blieben vor der Haustür stehen, die übrigen besetzten die Büros. Anwesend waren der Bezirksleiter Reddigau, die Sekretäre Berg und Andreas sowie der Kassierer Lier. Der Führer der SA erklärte dem Bezirksleiter: „Die SA übernimmt die Leitung des Verbandes und führt alle Geschäfte durch. Als Leiter des Bezirks wird der SA-Mann Schwarz eingesetzt. Der Kassierer hat alle Unterlagen über das Vermögen, die Sparbücher und Bankkonten dem neuen Leiter zur Verfügung zu stellen. Ein- und Auszahlungen von Geld dürften nur nach Anweisung des neuen Leiters erfolgen. Der Bezirksleiter wird in Schutzhaft genommen, die übrigen Sekretäre

haben weiterzuarbeiten. Wer sich weigert, begeht Sabotage und wird entsprechend bestraft.“ Die SA-Posten blieben eine Woche lang vor dem Haus.

Da das Polizeigefängnis in Halle nicht ausreichte, um alle Verhafteten aufzunehmen, wurde ein großer Teil von ihnen in eine Artilleriekaserne verlegt. Hier waren über hundert Menschen in einem Saal zusammengepfercht. Sie mußten auf Strohsäcken auf der Erde schlafen. Für viele Kollegen, die bereits über 60 Jahre alt waren, war das eine harte physische Belastung. Am nächsten Morgen hatten alle auf dem Kasernenhof anzutreten, wo ihnen der SA-Führer erklärte: „Damit Ihr wieder arbeiten lernt, werdet Ihr eine Aschenbahn für den Polizeisportplatz bauen.“

Nach einem Monat wurden die meisten Kollegen aus der Schutzhaft entlassen. Sie hatten einen Revers zu unterschreiben, nicht über ihre Gefangenschaft zu sprechen. Die übrigen blieben weiter in Haft und kamen später vor Gericht. Alle Kollegen, die in der Gewerkschaft weiterarbeiteten, erhielten im Juni ihre Kündigung und mußten gleichzeitig ihre Wohnungen räumen, soweit sie in Verbandshäusern wohnten.

Wie in der Bezirksleitung lief die Zerschlagung der Gewerkschaft durch die Nazis auch in den einzelnen Geschäftsstellen des Verbandes ab. Übergriffe und Gewalttaten gab es in der Geschäftsstelle Bernburg, wo der Geschäftsführer Kaatz in Schutzhaft kam und in der Geschäftsstelle Helbra, wo die SA den Kollegen Böttger schwer mißhandelte, so daß er lange Zeit im Krankenhaus verbringen mußte. Der Geschäftsstellenleiter in Hettstedt, Felix Schadzik, wurde von der SA festgenommen, nach Eisleben ins Gefängnis gebracht und dort totgeschlagen. Den Geschäftsstellenleiter Karl Raschke aus Egelu verprügelten die SA-Schläger im Büro, ehe sie ihn in Schutzhaft nahmen.

Die Folgen

Diese Gewaltmaßnahmen verbreiteten Angst und Schrecken unter den Betroffenen und ihren Familien. Hinzu kam, daß die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit von über 6 Millionen Menschen die Existenzangst vergrößerten. Die Ereignisse des 2. Mai waren für Mitglieder und Gewerkschaftsfunktionäre ein ungeheurer Schock. Tagelang ließ sich keiner auf der Straße oder in einem Lokal sehen. Niemand wußte, wer bereits verhaftet, wer noch frei war. Erst eine Woche später trafen sich einzelne Kollegen auf der Straße und berichteten Näheres über den Verbleib von vermißten Sekretären und Angestellten. Ein Kollege des Fabrikarbeiterverbandes ließ durch seine Frau den Freunden bestellen, es solle ihn niemand besuchen.

Die Angst vor weiteren Verhaftungen war weit verbreitet. Es kam vor, daß Kollegen, die sich auf der Straße begegneten, aneinander vorbeigingen, ohne sich zu grüßen. Manch einer der Sekretäre, der die Ungewißheit zu Hause nicht aushielt, lief durch die Stadt, um Neuigkeiten zu erfahren. Zeitungen und Rundfunk berichteten propagandistisch über die reibungslose „Übernahme der Gewerkschaften“ durch die SA. Was im einzelnen geschah, erfuhr die Bevölkerung nicht. Alle waren wie gelähmt: auf eine solche Katastrophe waren weder die Funktionäre noch die Mitglieder vorbereitet. Von Berlin und von anderen Städten, in denen die Gewerkschaften ihre Hauptverwaltungen hatten, gab es nur Meldungen der Nazis. Jede Verbindung mit den Zentralstellen war abgebrochen. Auch aus den Betrieben im Lande kamen keine Nachrichten; niemand wußte, wie es dort aussah. Erst allmählich fanden sich kleine Gruppen von Funktionären zusammen, um Informationen auszutauschen und darüber zu diskutieren, was getan werden könnte. Da es wegen der ständig in den Straßen patrouillierenden SA-Leute und Nazi-Spitzel gefährlich war, längere Zeit in Gruppen auf den Straßen zu bleiben, vereinbarten wir, uns in den Anlagen an der Saale und in der Dölauer Heide zu treffen. Im Juli kamen auf diese Weise Gruppen von 5 bis 10 Mann zusammen, um ihre Erfahrungen auszutauschen.

Was war zu tun?

Die unheilvolle Spaltung der Arbeiterbewegung in den zwanziger Jahren wirkte auch in den ersten Monaten der Hitlerdiktatur weiter. Kamen Sozialdemokraten mit Kommunisten zusammen, verlief die Diskussion so, daß die eine Seite der anderen die Schuld an der Vernichtung der Arbeiterbewegung zuschob. Auch bei den Gewerkschaften sah man in den Kommunisten nicht den proletarischen Klassenbruder, sondern den Gegner der freien Gewerkschaft. Die vielen Organisationen, die von den Kommunisten aufgebaut waren, verwehrten eine Zusammenarbeit. Selbst als Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Kommunisten zusammen in den Schutzhaftlagern waren, gingen die alten Auseinandersetzungen weiter. Die Kluft, die zwischen uns lag, war offensichtlich unüberbrückbar. Nur langsam wuchs die Erkenntnis, daß wir nur gemeinsam die Kraft aufbringen könnten, das Naziregime zu überwinden. Die Gewerkschafter sahen in den Aufrufen der KPD zum gewaltsamen Aufstand keine Erfolgchancen. Es war falsch, wie die KPD es tat, der Arbeiterschaft einreden zu wollen, daß sich eine revolutionäre Situation herausgebildet habe. Alle Kollegen waren sich darin einig, daß offener Widerstand gegen die Nazis undurchführbar war. Die täglichen Verhaftungen und anschließenden Folterungen von Kommunisten, die Flugblätter oder Parolen zum offenen Kampf verteilt hatten, bewiesen deutlich, daß

auf diese Weise nichts erreicht werden konnte. Die Nazis scherten sich nicht darum, daß sie täglich Menschen ermordeten.

Was war zu tun? Illegale Arbeit war uns fremd. Keiner der Sekretäre hatte eine Vorstellung, wie wir wirkungsvoll den Nazis entgegentreten konnten. Zum Aufbau einer illegalen Gewerkschaftsorganisation fehlten die Voraussetzungen. Mitgliedskarten auszugeben und Beitragszahlungen zu entrichten sowie eine unabhängige Interessenvertretung der Arbeiter zu organisieren, war im Nazireich unmöglich. Was wir letztlich tun konnten war, die Verbindung der Betriebsfunktionäre mit ihren früheren Sekretären wiederherzustellen. Es mußte ein Informationsfluß aus den Betrieben heraus und in die Betriebe hinein geschaffen werden. Dazu war es notwendig herauszufinden, wie es in den Betrieben aussah und wie sich unsere Mitglieder verhielten. Das war in den ersten Monaten nicht einfach. Niemand von den Kollegen der einzelnen Gewerkschaften hatte noch Verbindungen zu den Betrieben draußen im Bezirk. In den großstädtischen Betrieben war es etwas anders. Hier kannten die Arbeiter ihre Sekretäre und besuchten diese privat. So konnte schnell eine Basis für die Zusammenarbeit gefunden werden.

Für uns war es wichtig zu wissen, ob die Kollegen in den Betrieben für uns noch ansprechbar waren oder nicht. Bald stellten wir fest, daß man in den Betrieben auf Informationen von uns wartete. Der größte Teil der Betriebsfunktionäre stand zu ihrer alten Gewerkschaft und lehnte nach der Gleichschaltung eine Zusammenarbeit mit den Nazis ab. So konnten zuverlässige Situationsberichte aus den Betrieben gegeben werden, und umgekehrt informierten die außerbetrieblichen Funktionäre über zuverlässige Mittelsmänner die Betriebe. Ein wichtiger Punkt in dieser Phase war es, dafür zu sorgen, daß die von den Nazis entlassenen Sekretäre eine materielle Grundlage für sich und ihre Familien bekamen. Deshalb bemühten wir uns, über die Kollegen in den Betrieben für sie einen Arbeitsplatz zu finden.

Ich erinnere mich, daß unsere 18 Sekretäre des Bezirkes, soweit sie nicht eingesperrt waren, stempeln gingen. Einige von den Kollegen, die die Voraussetzungen der Knappschaftsversicherung erfüllt hatten, beantragten und erhielten die Bergmannsrente. Die Bemühungen anderer, im Bergbau Arbeit zu finden, schlugen fehl. Mir ist nicht ein Fall bekannt, daß ein Sekretär in einem Bergbaubetrieb Arbeit gefunden hat. Viele Unternehmer kannten uns nicht nur dem Namen nach, sondern auch persönlich, trotzdem wagten sie nicht – sei es aus Angst vor den Nazis oder weil sie selbst Nazis geworden waren – einen Kollegen einzustellen. Einige ältere Kollegen, die etwas Geld gespart hatten, kauften sich z. B. in den umliegenden Dörfern ein Lebensmittelgeschäft oder einen Zigarrenladen, um eine neue Existenz zu finden. Manchen gelang es erst nach Jahren, eine Arbeitsstelle in mittleren Betrieben

des Baugewerbes oder des Handels zu finden. Andere Kollegen waren als Versicherungsvertreter oder als Händler, die Butter und Käse, Waschmittel und Seife oder Textilien verkauften, tätig. Es gab aber auch einige, die von den Mißhandlungen der SA, von den ständigen Bedrohungen und von der Überwachung durch die Gestapo so deprimiert und zermürbt waren, daß sie sich vollkommen zurückzogen. Sie wurden zwar keine Nazis, hatten aber alle Hoffnung verloren, daß eine Änderung erfolgen könnte.

Ich selbst hatte das Glück, daß mir Anfang 1934 eine jüdische Großhandelsfirma aus Dresden das Angebot machte, für sie Aussteuerwäsche zu verkaufen. Durch einen großzügigen Kredit, der mir gewährt wurde, kaufte ich mir ein Auto, mit dem ich den ganzen mitteldeutschen Raum bereiste. Das war für mich eine günstige Voraussetzung, mit unseren früheren Gewerkschaftskollegen und Sozialdemokraten Verbindung aufzunehmen und Widerstand gegen die Nazis zu organisieren. In Halle waren es zunächst die Kollegen Willi Rößler, Paul Riemer und Paul Henze von den Metallarbeitern, Walter Öhlschläger vom Öffentlichen Dienst, Fritz Andreas und ich von den Bergarbeitern sowie Karl Dittmar von den Eisenbahnern, die an regelmäßigen Zusammenkünften teilnahmen. Im Sommer 1933 hatten wir auch noch Hoffnung, Hilfe vom Ausland zu erhalten. Wir waren der Meinung, die demokratischen Regierungen des Westens, die große Gewerkschaftsbewegung sowie die sozialistischen Parteien wären in der Lage, der Nazidiktatur Einhalt zu gebieten. Es gab auch Stimmen, die der Auffassung waren, die Nazis würden bald abgewirtschaftet haben. Das aber sollte sich als Irrtum erweisen. Für uns gab es nur einen Weg, nämlich zu versuchen, den inneren Widerstand der Arbeiter und Angestellten gegen die Naziherrschaft zu erhalten und zu festigen. Es sollte ihr soviel Schaden wie nur eben möglich zugefügt werden, jedoch sollten Menschenopfer möglichst dabei vermieden werden.

Wir schrieben Handzettel mit Parolen gegen Hitler wie zum Beispiel: „Hitler muß weg, sonst gibt es Krieg!“, „Weg mit der DAF (Deutsche Arbeitsfront), wir wollen freie Gewerkschaften!“, oder „Das Hakenkreuz muß verschwinden“. Solche Parolen wurden in die Briefkästen geworfen oder an Wände und Plakatsäulen geklebt.

Aus den Bergbaubetrieben kamen Nachrichten, daß die Kumpel in vielfältiger Weise ihre Gegnerschaft zum Naziregime bekundeten. Unter Tage wurden zuerst mit Kreide Antihitlerparolen an die Förderwagen geschrieben, die die Steiger und die Aufsichtsbeamten jedoch leicht beseitigen konnten. Deshalb gingen unsere Leute dazu über, die Parolen gegen Hitler, Goebbels und Ley mit Farbe an die Wagen zu pinseln. So entwickelten sich viele zu wahren „Künstlern“ und konnten mit der Wirkung zufriedenen sein. Häufig wurden die

Inschriften erst Übertage entdeckt; die Anschläger und Abzieher auf der Hängebank stellten die Wagen so, daß die aus dem Schacht kommenden Kumpel die Parolen sofort sehen mußten. Da gab es häufig ein verstecktes Schmunzeln. Die Parolen wurden in Windeseile verbreitet. In der Waschkau und in den Werkstätten kam es zu Diskussionen. Alle Versuche der Nazis, die Täter ausfindig zu machen, blieben ergebnislos.

Ebenso erschienen im Braunkohletagebau auf den großen Abraumwagen mit Farbe aufgepinselte Sprüche gegen die Naziherrschaft. Da diese Wagen durch den ganzen Betrieb fuhren, erhielten die Belegschaftsmitglieder Kenntnis davon. Auch an den Wänden von Betriebsgebäuden fanden sich ständig neue Parolen gegen die DAF und gegen die Nazibewegung. So mußten die Betriebsleitungen erkennen, daß die Belegschaften größtenteils gegen die neuen Machthaber eingestellt waren. Wenn einmal ein solcher Malkünstler ertappt wurde, mußte er mit schweren Strafen wie Entlassung oder Verhaftung rechnen. Diese sichtbar gewordene Gegnerschaft zur Hitlerdiktatur belebte die politische Aufmerksamkeit der Belegschaften und förderte Diskussionen. Dabei wurde oft erkannt, wer zu Hitler übergelaufen war. Daß Robert Ley und die DAF als Betrüger an der Arbeiterschaft bezeichnet wurden, fand allgemein Zustimmung.

Bildung von Vertrauensleuten

Nachdem die Kollegen der einzelnen Gewerkschaften Verbindungen zu ihren Zentralstellen aufgenommen hatten, gingen wir daran, in den einzelnen Organisationsgebieten tätig zu werden. Ich besuchte das Merseburger Revier, um Vertrauensleute zu finden. Auf den Braunkohlengruben in Großkayna traf ich den Kollegen Karl, der früher als Betriebsrat tätig war und von den Nazis abgesetzt worden war. Er berichtete mir, daß die Kumpel wütend auf die Nazis seien und ihnen deshalb Schwierigkeiten jeder Art bereiteten. Im September hatten mehrere Gewerkschafter Maschinen und Großgeräte unbrauchbar gemacht und einige Tage später die Brikettfabrik zum Stillstand gebracht. Die gesamte Produktion kam zum Erliegen. Am gleichen Tag besetzte die SA alle Werksanlagen. Einige Kollegen, die als Kommunisten bekannt waren, wurden verhaftet. Da man ihnen aber nichts nachweisen konnte, wurden sie nach einigen Wochen wieder entlassen. In manchen Betrieben war die Zusammenarbeit mit Kommunisten, soweit sie überzeugte Gewerkschafter waren, sehr eng. Sie verfügten über Vervielfältigungsapparate, auf denen die Rundbriefe und die Flugblätter abgezogen und durch Verteilergruppen an die Belegschaften ausgegeben wurden. In einzelnen Revieren hatte ich Vertrauensleute, die Kommunisten waren und gemeinsam mit uns auf gewerkschaftlicher Grundlage arbeiteten. Auf der Grube Möckerling ge-

wann ich den Kollegen Franz als Kontaktmann. Ich schärfte ihm ein, kein schriftliches Material im Hause liegen zu lassen. Alles, was er von uns erhielt, sollte bis zur Verteilung in sicheren Verstecken außerhalb seiner Wohnung untergebracht werden. Bei Betriebsstörungen sollte unbedingt darauf geachtet werden, alles gut abzusichern, damit die Kollegen nicht unnötig gefährdet würden. In fast allen Betrieben des Reviers konnte ich feststellen, daß die meisten Kollegen – besonders die Funktionäre – ihrer ehemaligen Gewerkschaft die Treue hielten.

Mit den Sekretären Grimm vom Metallarbeiterverband und Fischer vom Fabrikarbeiterverband besprach ich die Arbeit in den Leuna-Werken. Auch hier war man dabei, im Betrieb Vertrauensleute zu finden, um den Widerstand gegen das Regime zu verstärken. Leider wurden beide Kollegen schon bald verhaftet und zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt. Dann fuhr ich nach Bitterfeld, um auch in diesem Gebiet Vertrauensleute anzuwerben. Ich besuchte den Geschäftsstellenleiter Ernst Burke und den Sekretär des ehemaligen Metallverbandes Emil Lebbin. Nachdem wir unsere Erlebnisse ausgetauscht hatten, bat ich beide Kollegen mitzuarbeiten, um den Widerstand zu verstärken. Sie versicherten mir, daß bereits der Genosse Baum eine Verteilergruppe für schriftliche Informationen aufgebaut hatte. Des weiteren nannten sie mir einige Kollegen aus verschiedenen Betrieben auf die Verlaß war, so den Kollegen Siermann, der Filialleiter im Konsumverein war, den ich gut kannte und bei dem ich volle Unterstützung fand. Er hat uns besonders bei der Verbreitung von Aufklärungsmaterial geholfen. Bereits 1935 fiel auch er der Gestapo in die Hände, wurde verhaftet und verurteilt. Auf der Grube Bergwitz bei Wittenberg gewann ich den früheren Vorsitzenden unserer Verbandsortsgruppe, einen alten Kommunisten, als Vertrauensmann. Ihn und seine Söhne, die ebenfalls Bergarbeiter waren, kannte ich sehr gut, da ich früher einige Monate bei ihnen gewohnt hatte. Sie bildeten innerhalb des Betriebes eine feste Gruppe, die erfolgreiche Arbeit leistete. Wie ich von ihnen erfuhr, hatte der Sekretär Eich vom Fabrikarbeiterverband im Stickstoffwerk Piesteritz eine Widerstandsgruppe aufgebaut. Auch er mußte für seine illegale Tätigkeit mit jahrelangem Gefängnis bezahlen.

Anfang 1934 besuchte ich erstmals als Wäschevertreter das Mansfelder Land. Meine Reise ging eine Woche lang in viele Ortschaften, um meine Ware den Kunden anzubieten. In erster Linie besuchte ich frühere Funktionäre und Mitglieder der Gewerkschaft. Da ich in fast allen Orten sehr bekannt war, wurde ich von den Menschen mit Fragen bestürmt. Vor allem wollten die Kollegen wissen, wie es im Lande aussah. Eine immer wiederkehrende Frage war, was getan werden könnte, um das Unrechtssystem zu beseitigen. In Alsdorf traf ich den Kollegen Böttger, der es auf Grund seiner Mißhandlungen durch die SA ablehnte, sich politisch zu betätigen; trotzdem war es für

mich verhältnismäßig leicht, mit ihm eine Übereinstimmung in der Beurteilung des Nationalsozialismus zu erzielen. Die Ablehnung des Terrors, der Unterdrückung und der Verfolgung von Demokraten war bei den Gewerkschaften einhellig. Allerdings war es von dieser gemeinsamen Einschätzung bis zur aktiven Mitarbeit im Widerstand ein weiter Weg. Da mußten viele Faktoren geprüft werden: Familienverhältnisse, Mitbewohner, Ansehen im Betrieb, Glaubwürdigkeit und Verschwiegenheit. Zu leicht konnten durch Geschwätzigkeit und Wichtigtuerei andere Kollegen in Gefahr kommen. Manche Opfer wären zu vermeiden gewesen, wenn eine sorgfältigere Auswahl der Mitarbeiter erfolgt wäre. Deshalb wurde jemand erst nach mehreren Besuchen und Erkundigungen der Kollegen als Vertrauensmann herangezogen. Als Informanten über betriebliche Verhältnisse, über die Arbeit der DAF-Leute und über die Haltung der Belegschaften waren frühere Gewerkschafter sehr wichtig. Für die Verbreitung von Aufklärungsschriften suchte ich nur ganz besonders vertrauenswürdige Kollegen aus. Nicht alle, die bereit waren, mir mündliche Auskünfte zu geben, wollten das Risiko der Verteilung von Material auf sich nehmen. Trotzdem gelang es mir, in den Großbetrieben aktive Vertrauensleute zu gewinnen.

Was sie mir über die Stimmung in den Belegschaften berichteten, war für unseren Kampf durchaus hoffnungsvoll. Die langjährigen Mitglieder der Organisation lehnten die Deutsche Arbeitsfront (DAF) ab. Sie berichteten davon, daß in den Betrieben Schwierigkeiten provoziert wurden, um die Produktion zu mindern. Es gab Kollegen, die erzählten, daß von den Nazis ein ausgedehntes Spitzelsystem errichtet worden war, um jede Opposition zu unterdrücken. So waren viele Verhaftungen von Belegschaftsmitgliedern in der Hauptsache auf Denunziationen durch Spitzel zurückzuführen. Besonders auf dem Wolfschacht bei Eisleben und in der Krug-Hütte griff das Spitzelwesen um sich und gefährdete die Kollegen. In beiden Betrieben gab es straff organisierte kommunistische Zellen, die aktiv waren, jedoch nach und nach mit Hilfe von Nazispitzeln durch die Gestapo ausgehoben wurden. Diese Ereignisse führten dazu, daß sich die Vertrauensleute bei Diskussionen mit Arbeitern die Leute genauer ansahen. Wurde ein Spitzel auf frischer Tat ertappt, so konnte er sicher sein, bei passender Gelegenheit im Schacht, wo es dunkel war, eine Abreibung zu erhalten, an die er noch lange dachte. Das war eine wirkungsvolle Methode, andere von einer Spitzeltätigkeit abzuhalten.

Als ich in Hettstedt den pensionierten Kollegen Hermann aufsuchte, erfuhr ich, daß es der Witwe des ermordeten Kollegen Schadzik sehr schlecht ging. Ich suchte sie noch am gleichen Tage auf und mußte feststellen, daß sie mit ihren Kindern keinerlei Unterstützung erhielt. Nach Überprüfung der Versicherungsunterlagen stellte ich für sie einen Antrag auf Witwenrente. Um

die augenblickliche Not zu überwinden, gab ich ihr einen Geldbetrag und versprach, mich um weitere Unterstützung zu bemühen. Die Rente wurde verhältnismäßig schnell bewilligt. Es gelang mir auch, über den Kollegen Husemann für sie eine größere finanzielle Unterstützung zu erhalten. Meine Absicht, den Sekretär des früheren Deutschen Metallarbeiterverbandes Sauer zu besuchen, mußte ich fallenlassen, da er mir durch die Frau des Kollegen Hermann bestellen ließ, daß er immer noch von der Gestapo überwacht werde und seine Wohnung ständig unter Kontrolle stehe. Auch er wurde von der SA schwer mißhandelt. Der Kollege Richard Weber, Betriebsrat auf dem Kupfer- und Messingwerk, gab mir wichtige Informationen. Die kommunistischen Gruppen, die im Werk sehr aktiven Widerstand leisteten, verteilten häufig Informationsmaterial. Wir verabredeten, mich über deren Aktivitäten ständig zu unterrichten und ihnen von mir Informationsmaterial zur Aufklärung der Belegschaften zukommen zu lassen. Meine Fühlungen gingen nur über Richard Weber. Die kommunistische Widerstandsgruppe war so exponiert, daß jede außerbetriebliche Beziehung zu einer großen Gefahr wurde. Weber kannte die Kollegen im Betrieb, so daß er unmittelbar von ihnen und ihren Aktivitäten Kenntnis erhielt. Weber war einige Jahre ein eifriger Mitarbeiter der illegalen Arbeit. Wie viele andere wurde auch er von der Gestapo aufgespürt und längere Zeit in Haft gehalten.

Der Kollege Franz Spitz aus Leimbach erzählte, daß auf dem Vitzthumschacht, wo er als Betriebsrat tätig war, im März 1933 neben 12 Gewerkschaftern nur 2 Nazis in den Betriebsrat gewählt wurden. Anfang Mai erschien der Kreisleiter der Nazis Schröder im Betriebsratszimmer und erklärte mit vorgehaltener Pistole, daß der Betriebsrat gleichgeschaltet sei. Trotz der Bedrohung lehnten es die Gewerkschafter ab, mit den Nazis zusammenzuarbeiten. Sie wurden sofort ihrer Funktionen enthoben. In Klostermansfeld gewann ich den Kollegen Grube als Informanten, der ebenfalls von SA-Leuten schwer mißhandelt wurde und dann auch noch seinen Arbeitsplatz verlor. Die Kollegen Otto Gürtler und Johann Janocha aus Helbra erklärten sich bereit, unsere Arbeit zu unterstützen. Sie hatten in Helbra eine Gruppe von Gewerkschaftern gebildet, die ständig Informationen sammelte und weiterleitete. Ein Beispiel: Die meisten Arbeiter fuhrten morgens mit der Werksbahn aus ihren Wohnorten zu den Schachtanlagen. Während zwei Kollegen den vorderen und den hinteren Eingang eines Wagens sicherten, legte der dritte schnell die Flugblätter auf den Sitzbänken aus. Sofort wurde der Wagen verlassen und ein nächster versorgt. Zeigten sich auf dem Zufahrtsweg zur Haltestelle Arbeiter, beendeten die drei Kollegen ihre Tätigkeit. Sie stiegen an der abgewandten Seite aus dem Zug, liefen bis zum Ende und mischten sich unter die Kollegen, die zum Zug gingen. Die Kumpel, die in die Wagen stiegen, sahen gleich die Flugblätter, begannen sofort zu lesen und darüber zu diskutieren. Wenn „Braune“ im Wagen auftauchten, verschwanden

den die Flugblätter sofort. An einem solchen Tag gab es in der Belegschaft genug Diskussionsstoff. Bei Schichtwechsel tauchten in der Waschkau und in den EBräumen für die Tagesarbeiter genau so plötzlich auf Tischen und Bänken Flugblätter auf. Diese Aktionen mußten mit größter Sorgfalt und Absicherung vorbereitet werden. Fiel den Nazianhängern solch ein Flugblatt in die Hände, wurde es sofort dem DAF-Obmann ausgehändigt. Dieser lief zur Betriebsleitung und setzte durch, daß am Schwarzen Brett ein Aushang erschien, in dem die Arbeiter aufgefordert wurden, jedes gefundene Flugblatt bei dem Naziobmann oder im Betriebsbüro abzugeben. Es wurden SA-Leute abgestellt, die vor den Pausen die EBräume und vor dem Schichtwechsel die Kauen nach Flugblättern abzusuchen hatten. Die Überwachung blieb größtenteils erfolglos. Hatten sich nach einiger Zeit die Gemüter beruhigt, organisierten unsere Vertrauensleute eine neue Flugblattverteilung.

Große Aufregung gab es in den Belegschaften, als am 30. Juni 1934 bei der sogenannten Röhm-Revolve Hunderte SA-Leute umgebracht wurden. Die in Uniform herumlaufenden SA-Mitglieder wurden verspottet und verhöhnt. Sobald sie an Arbeitergruppen vorübergingen, kamen Zurufe wie: „Paß auf, daß Du nicht dran bist“, oder „Wie lange willst Du noch die Uniform tragen?“. Die Zurufe kamen meistens aus einer Gruppe, so daß der Angesprochene nie feststellen konnte, wer gerufen hatte. Verdächtige wurden zum Betriebsobmann zitiert, dort vernommen und unter Druck gesetzt. Um die Widerstandsgruppe zu schützen, wurde in einem solchen Fall der mutigste Kollege beauftragt, ein Flugblatt bei dem Naziobmann abzugeben. Bei dem folgenden strengen Verhör konnte sich der Kollege auf Zeugen berufen, die gesehen hatten, wie er das Flugblatt fand.

Einen großen Erfolg errangen wir bei den Vertrauensmännerwahlen im Jahre 1935. Da es die früheren Gewerkschaftsfunktionäre ablehnten, auf den Listen der Nazis zu kandidieren, wurden die Kandidaten, ohne die Belegschaft zu fragen, durch die NSBO (Nationalsozialistische Betriebsorganisation) aufgestellt. Von den Widerstandsgruppen wurde die Parole ausgegeben, nicht zur Wahl zu gehen oder ungültige Stimmzettel abzugeben. Trotz aller Wahlmanipulationen gelang es den Nazis nicht, die Mehrheit der Belegschaften für ihre Kandidaten zu gewinnen. Es gab viele Betriebe, in denen die DAF-Kandidaten nur 40 % der Stimmen erhielten. Die Siegesmeldungen der DAF über die Wahlergebnisse wurden von den wissenden Arbeitern belächelt und als reiner Propagandabluff bezeichnet. Mancher Kumpel, der im Wahlausschuß saß, hat hinterher unserem Vertrauensmann gesagt, wie die wirklichen Zahlen aussahen und was man daraus gemacht hatte. Doch die DAF wußte sich zu helfen. Wer von ihren Kandidaten nicht gewählt wurde, den setzte der Treuhänder der Arbeit trotzdem ein. In den folgenden Jahren

wurden generell die Betriebsobleute nur noch von den Betriebsführern oder von den Treuhändern eingesetzt.

Der Kollege Kiefner – lange Jahre Gesamtbetriebsratsvorsitzender – konnte mir auf Grund seiner Kenntnisse über die Betriebsverhältnisse wichtige Auskünfte geben. So erfuhr ich, wer von den alten Gewerkschaftern noch vertrauenswürdig und wer abgesprungen war. Es gab auch Arbeiter, die bei den neuen Herren ihr Heil suchten. Der politische Druck und der Zwang im Betrieb sowie die Sorge um den Arbeitsplatz sorgten dafür, daß nach und nach die Kollegen der DAF beitraten.

Die vorstehende Schilderung der oppositionellen Tätigkeit von Gewerkschaftern bezieht sich auf die Großbetriebe Wolfschacht, Krughütte, Vitzthumschacht, Paulschacht, Helbraer Hütte und Messingwerk im Mansfelder Land. Hier arbeiteten die Vertrauensleute, die in vielen Orten des Reviers ihren Wohnsitz hatten, mit mir bis zum Beginn des Krieges zusammen.

Von Mansfeld fuhr ich nach Aschersleben, Köthen, Staßfurt und Bernburg, um die Verbindungen mit den Sekretären und Betriebsräten aufzunehmen. Nicht überall hatte ich Erfolg. Einige Kollegen waren schon über 60 Jahre alt, und sie scheuten das Risiko, bei uns mitzumachen. Sie waren jedoch bereit, Namen von Betriebsfunktionären zu nennen, auf die wir uns verlassen konnten. So war es möglich, auch in diesen Revieren die wichtigsten Betriebe zu erfassen und ihnen Informationen zu geben. Die Egelner Mulde verwaltete der Sekretär Karl Raschke. Er war ein aktiver Mitarbeiter und hatte in kurzer Zeit in allen wichtigen Betrieben Vertrauensleute, die unsere Informationen, Flugblätter und Zeitungen verteilten. Die Gestapo war in diesem Revier sehr eifrig auf der Jagd nach Nazigegegnern. Schon 1935 gelang es ihr, den Kollegen Raschke zu verhaften und wegen staatsfeindlicher Tätigkeit und illegaler Arbeit vor Gericht zu stellen. Er wurde zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Mein Besuch im Revier Helmstedt war negativ. Unser früherer Sekretär Grimm war zu den Nazis übergelaufen und somit für uns wertlos geworden. In diesem Gebiet Vertrauensleute zu gewinnen, war nur unter großen Gefahren möglich, so daß ich den Plan aufgab.

Nicht in allen Betrieben fanden wir ähnliche Verhältnisse vor. War aber die Werksleitung aus Nazis zusammengesetzt, wurden bald auch die technischen und kaufmännischen Angestellten Parteigenossen der Nazis. Sie sorgten dafür, daß in der Belegschaft die nazistischen Grundsätze und Parolen durchgeführt und beherzigt wurden. In diesen Betrieben war die Bespitzelung der Arbeiter sehr intensiv. Für die freiheitlich gesinnten Arbeiter war es schwer, sich den Nachstellungen zu entziehen. Die Bildung von Werk-

scharen – einem Kind der Deutschen Arbeitsfront – trug dazu bei, die Belegschaft ständig unter Kontrolle zu halten und jede Kritik oder Auflehnung zu unterdrücken. In den Betrieben, in denen sich die Werksleitung zurückhielt oder keine aktiven Nationalsozialisten waren, hatten die Arbeiter mehr Spielraum, um ihren Unmut und Ärger zum Ausdruck zu bringen. Aber auch diese Betriebsleitungen mußten die Auflagen und Parolen der Naziführung befolgen. Aus ihrem Ärger über die Betriebsobleute der DAF machten sie allerdings keinen Hehl. So berichteten mir Kollegen aus dem Merseburger Revier, daß einige Direktoren an sie herangetreten seien und sie angefleht hätten, doch wieder mitzuarbeiten, da mit den neuen Leuten in Uniform nicht auszukommen sei.

Als in den Jahren 1936/1937 die Arbeitslosigkeit zu Ende ging und in den Betrieben auf Hochtouren gearbeitet wurde, wagten die Arbeiter sogar Lohnforderungen geltend zu machen. Gruppenweise wurden sie vorstellig, um für die Leistungssteigerung höhere Löhne durchzusetzen. Da die Löhne durch eine von den Treuhändern erlassene Tarifordnung festgelegt waren, blieb nur der Weg der betrieblichen Regelung offen. In gewissen Grenzen hatten die Kollegen damit auch Erfolg.

Eine Anzahl früherer Arbeitsloser, die in die SA eingetreten waren und offensichtlich nichts weiter als marschieren konnten, versuchten nun in den Betrieben einen ähnlichen „Zirkus“ aufzuführen. Sie gründeten sogenannte Betriebssportvereine, um auch im Betrieb kommandieren zu können. Mancher Direktor stand mit geballten Händen hinter seinem Büfenster und sah zu, wie die Arbeiter mißbraucht wurden.

Um neue Kunden bei meiner Handelstätigkeit zu finden, dehnte ich meinen Wirkungskreis weiter aus. Mein nächstes Ziel war das Braunkohlengebiet Borna. Der Geschäftsstellenleiter Karl Schindler freute sich, einen alten Kollegen wiederzusehen. Er erzählte, daß er in der ersten Zeit unter den Nazis sehr zu leiden hatte, daß sie ihn geschlagen und ständig verfolgt hätten. Um seine Familie ernähren zu können, suchte er bei Gastwirten und kleinen Handwerksbetrieben Beschäftigung, da die SA ihm jede andere Arbeitsstelle zunichte machte. Mit ihm zog ich durch die Bergarbeiterorte bis nach Altenburg in Thüringen, um neue Verbindungen anzuknüpfen und um Kunden zu gewinnen. Schindler teilte mir auch mit, daß ihn der frühere Bezirksleiter Weber aus Zwickau, der im sächsischen Bezirk den Widerstand organisierte, aufgesucht hätte. Schwieriger waren die Verhältnisse im Lausitzer Revier um Senftenberg. Den Bezirksleiter Josef Briewig, einen 2 ½ Zentner-Mann, traf ich im Rollstuhl an. Er war in seiner Haftzeit von der SA dermaßen mißhandelt worden, daß er gegenüber früher nur noch ein Wrack war. Innerhalb weniger Monate hatte er 80 Pfund abgenommen, konnte nicht mehr

arbeiten und siechte dahin. Der Kollege August Ullrich und andere kümmerten sich um ihn, damit er sich nicht ganz verlassen vorkam. Auch in diesem Revier gelang es, einige Mitarbeiter aus den Großbetrieben zu finden. Wir trafen aber auch Betriebe an, die fast völlig von der DAF und von der SA beherrscht wurden. Der Kollege Ullrich versprach, mir auch weiterhin Informationen zu geben und Material im Bezirk zu verbreiten.

Meine nächste Reise ging in das Gebiet des Kali-Bergbaus an der Werra. Dort war der Kollege Katzmann, der bei der Gleichschaltung in Schutzhaft genommen wurde, Sekretär des Verbandes. Er besaß gute Verbindungen zu den Betriebsfunktionären. Bad Salzungen war Kreisstadt, und die Kumpel, die dort zu tun hatten oder einkauften, besuchten ihren ehemaligen Geschäftsstellenleiter. Mit der Zeit fielen jedoch die vielen Besuche auf. Die örtliche Polizei, die Katzmann sehr gut kannte, warnte ihn, daß er von der Nazileitung beobachtet wurde. Daraufhin legte man die Treffpunkte außerhalb der Wohnungen fest, um Informationen auszutauschen. Auf den Kaliwerken Merkers und Heiligenroda waren Hans Ziller und Willi Storch die Vertrauensleute, die uns über die Verhältnisse unterrichteten. In Perka und Obersuhl waren Georg Weyh, ein früheres Bezirksvorstandsmitglied des Verbandes und in Philippsthal der Kollege Pfeffer als Vertrauensleute tätig.

Meine „Tarnkappe“ – der Wäschehandel – war ein guter Schutz für meine Sicherheit. Ich ging mit meinen Paketen in die Wohnungen und bot den Leuten meine Waren an. Oft gingen Polizeibeamte oder SA-Männer an meinem Auto vorbei und schauten auf die vielen Pakete. Wenn sie mir beim Umpacken zusahen und bemerkten, daß nur Wäsche und andere Textilien zum Vorschein kamen, gingen sie beruhigt weiter. Soweit ich mich entsinne, bin ich nicht ein einziges Mal auf meinen Reisen wegen des Inhaltes meines Autos kontrolliert worden. Mein Gewerbeschein und die Personalpapiere wurden jedoch des öfteren überprüft.

Unter Beobachtung der Gestapo

Daß ich von den Nazis und von der Gestapo nicht vergessen worden war, erfuhr ich auf meiner zweiten Reise ins Mansfelder Land. Der erste Kollege, den ich besuchte, sagte mir: „Komme bitte nicht mehr in mein Haus, ich werde beobachtet!“ Auf meine Frage, „warum“, gab er keine Antwort. Nachdem ich einige weitere Kunden besucht hatte, erklärte mir ein Kumpel vertraulich: „Als Du zum ersten Mal hier warst, wurden ich und noch vier weitere Kollegen zur Gestapo befohlen. Dort hat man uns ausgefragt, ob Du über die Regierung, über die Partei und über die gegenwärtigen Verhältnisse gesprochen hättest. Wir haben erklärt, daß Du mit unseren Frauen und Töchtern

über Wäschekauf verhandelt hättest, mit Dir hätten wir kaum mehr als ‚Guten Tag‘ und ‚Auf Wiedersehen‘ gewechselt. Die Gestapo forderte uns dann auf, nichts über die Vernehmungen verlauten zu lassen, ihr jedoch nach weiteren Besuchen Bericht zu erstatten.“

Das Aufsuchen von früheren Gewerkschafts- und SPD-Funktionären hatte die Gestapo mißtrauisch gemacht. Um mich besser abzusichern, habe ich darum als Kunden in meinen Auftragsbüchern nicht mehr den Vater, sondern die Töchter oder die Ehefrauen angegeben. Ich bat meine Vertrauensleute, mir die Namen von Nazis anzugeben, die heranwachsende Töchter hatten und die Interesse an Aussteuerwäsche zeigten. Auf diese Weise kamen auch Namen von bekannten Nazis in meine Verkaufsbücher. Als ich im September 1934 das erstmal verhaftet wurde, nahm die Gestapo einige Auftragsbücher mit und mußte feststellen, daß darin auch angesehene Nazis standen. Bei der Vernehmung, die den ganzen Tag über andauerte, erklärten mir die Gestapoleute, ich würde mit Staatsfeinden zusammenarbeiten und für die verbotene SPD tätig sein. Das bestritt ich energisch. Darauf wurde mir gesagt: „Du warst doch auch bei der Frau Schadzik in Hettstedt, deren Mann ein Staatsfeind war!“ Auf meine Erwiderung, ob es denn verboten sei, für eine Familie, die in Not wäre, bestehende Rentenansprüche geltend zu machen, bekam ich einen Schlag auf den Mund, der mich schweigen ließ. Ihnen sei bekannt, daß auch ich zu den Verrätern des Deutschen Volkes gehöre. „Die Beweise werden wir noch finden, dann bist Du geliefert. Also halte Deinen Mund, sonst holen wir auch Dich!“ Danach konnte ich wieder nach Hause gehen. Als ich am nächsten Morgen meinen Wagen aus dem Garagenhof holen wollte, lächelte mich der Garagenwärter an und sagte: „Da sind Sie ja wieder!“ „Warum sollte ich nicht?“ Da sagte er: „Wir hier im Hof wußten doch alle, daß die Gestapo Sie abholt hat. Ich soll zwar nichts sagen, tue es jedoch. Vor ein paar Tagen kamen am Abend zwei Herren in Ledermänteln auf den Hof und wollten wissen, in welcher Garage Ihr Wagen steht. Ich zeigte sie ihnen, darauf verlangten sie von mir, sie zu öffnen. Sie gingen hinein und durchsuchten sehr gründlich Ihren Wagen.“ Jetzt wurde mir klar, daß ich von der Gestapo ständig überwacht wurde. Weder in der Wohnung noch in der Garage durfte ich Material aufbewahren.

Verbindung mit der Zentrale in Bochum

Im Frühjahr 1934 erhielt ich die Nachricht, daß mich der frühere Vorstandsvorsitzende Fritz Husemann besuchen wollte. Ich sollte noch einige Kollegen aus dem Bezirk einladen. An dieser Zusammenkunft nahmen dann zehn Kollegen aus dem Bezirk und Husemann teil. Da die Gefahr, so viele Leute in meiner Wohnung unterzubringen, zu groß war, bat ich den Wirt des Lokals in unserem Hause, mir den Tisch in einer Nische zu reservieren. Auf dem Tisch

hatten wir Spielkarten liegen, und einige Kollegen spielten Skat. Ich gab einen Bericht über die Schicksale der einzelnen Kollegen und über die Stimmung in den Bergbaubetrieben. Husemann unterrichtete uns über die Situation im Ruhrgebiet und sagte: „Nur an der Saar besteht noch unsere Organisation. Von dort werde ich versuchen, eine Unterstützung für die notleidenden Kollegen herbeizuschaffen.“ Es wurde vereinbart, daß die Verbindung mit den Betriebskollegen aufrechterhalten werden sollte. Für jedes Revier war ein Vertrauensmann zu bestellen. Husemann erklärte, daß ich für den ganzen Bezirk der verantwortliche Vertrauensmann sei. Nur über mich sollte die Verbindung nach Bochum bzw. nach Saarbrücken laufen. Zu einem zweiten Besuch kam es im Februar 1935, als mir Husemann einen größeren Geldbetrag zur Unterstützung der Kollegen überbrachte. Husemann versprach mir auch, daß ich die Bergarbeitermitteilungen aus Holland, die von Franz Vogt und Franz Osterroth herausgegeben wurden, regelmäßig erhalten sollte. Er berichtete weiter, daß in Berlin einige Rechtsanwälte sich bereit erklärt hätten, die Rechtsansprüche von Gewerkschaftsangestellten gegenüber der Pensionskasse geltend machen zu wollen. Der Kollege Alwin Brandes von den Metallarbeitern habe bereits Verhandlungen angebahnt. Ich wurde beauftragt, von den einzelnen Kollegen Vollmachten einzusammeln und nach Berlin weiterzuleiten. Als ich auf meinen Reisen die in Frage kommenden Kollegen unterrichtete und von ihnen die Vollmacht zur Geltendmachung ihrer Ansprüche erbat, war ich gar nicht so sehr verwundert, daß ich von 18 angesprochenen Sekretären nur acht Vollmachten erhielt. Diejenigen, die Arbeit gefunden hatten, befürchteten Schwierigkeiten im Betrieb, andere, die nur wenige Jahre Sekretäre waren, scheuten das Risiko. Die acht Kollegen, die das Wagnis eingingen, haben wenigstens ihre selbstgezahlten Beiträge zurückbekommen. Einige mutige Kollegen, die noch an Recht und Gesetz glaubten, hatten Klagen bei den Arbeitsgerichten gegen die Deutsche Arbeitsfront auf Weiterzahlung des Gehaltes eingereicht. Die Gerichte haben jedoch die Klagen abgewiesen. Soweit die Gestapo Kenntnis von diesen Vorgängen erhielt, nahm sie sich dieser Kollegen besonders an. Manche von ihnen wurden jahrelang im Konzentrationslager „umgeschult“.

Ich war tief erschüttert, als ich die Nachricht erhielt, daß Husemann nach seiner Rückkehr aus dem Saargebiet verhaftet worden war. Nach seiner Überführung ins KZ wurde er von den Nazis erschossen. Im „Halleschen Generalanzeiger“ veröffentlichte ich eine Todesanzeige, um den Kollegen im Bezirk von dem Ableben Kenntnis zu geben.

Zusammenarbeit mit politischen Gruppen

Es konnte nicht ausbleiben, daß wir bei unserer Arbeit mit politischen, vor allem sozialdemokratischen Widerstandsgruppen in Berührung kamen.

Diese hatten Verbindung mit dem in Prag sitzenden Parteivorstand der SPD. Das schriftliche Material zur Unterrichtung der deutschen Bevölkerung wie Flugblätter, Broschüren und der „Neuer Vorwärts“ kam größtenteils durch Kuriere aus der Tschechoslowakei über die Grenze. Mit den Genossen Paul Schmidt, Robert Keller, Fritz Drescher und Paul Baum von der SPD hatte ich enge Beziehungen. Bereits im Sommer 1933 wurde in Berlin eine Wochenzeitschrift „Blick in die Zeit“ von einem ehemaligen Polizeioffizier, Dr. Alfred Ristow, herausgegeben. Die Redaktion bestand aus Andreas Gayk, August Rathmann, Ludwig Preller und anderen Sozialdemokraten. Diese Zeitschrift brachte wöchentlich Pressestimmen aus deutschen, aber auch aus vielen ausländischen Zeitungen und Zeitschriften. Bei der Gegenüberstellung von ausländischen und deutschen Pressestimmen traten die Lügen und Verdrehungen der Nazipresse sehr deutlich hervor. So wurde auch diese Zeitschrift zu einem Teil der Widerstandstätigkeit gegen das Gewaltsystem. Für Mitteldeutschland übernahm der Genosse Paul Schmidt den Vertrieb der Zeitschrift. Hier hatten wir nun die Möglichkeit, einen Verteilerapparat aufzubauen, der auch für andere Zwecke genutzt werden konnte. Schmidt fuhr öfters mit mir in die Kreise, um Verteiler zu gewinnen. Er fand sie meistens in Kreisen der früheren Arbeiterjugend. Ich selbst übernahm es, in den Bergbauorten unsere Vertrauensleute zu beliefern. Die Kollegen waren dankbar, daß sie jede Woche etwas zu lesen bekamen, was keine nazistische Propaganda war. Der Inhalt dieser Zeitschrift diente zum größten Teil auch der Diskussion in den Betrieben. Nachdem bereits einige Ermahnungen ergangen waren, wurde die Zeitschrift im Sommer 1935 verboten. Der Herausgeber wurde des öfteren zum Propagandaministerium bestellt und dort wegen des Inhaltes der Zeitschrift verwarnt. Auch die Gestapo interessierte sich für die Zeitschrift. Ihr fiel auf, daß die Verteiler vorwiegend aus Funktionären der früheren Arbeiterjugend, der Partei und der Gewerkschaft bestanden. Auf Grund der Vorhaltungen, die die Gestapo dem Herausgeber Dr. Ristow machte, wurden einige Nummern von „Blick in die Zeit“ beschlagnahmt. Im Frühjahr 1935 häuften sich Beschlagnahmungen der Zeitschrift.

Seitdem Fritz Brauer, Sekretär der SPD, im Herbst 1934 aus dem Konzentrationslager Esterwegen entlassen worden war, stand er unter ständiger Kontrolle der Nazis und der Polizei. Jede Wirkungsmöglichkeit in seinem Heimatort war damit unterbunden. Er bekam auch nirgendwo Arbeit. So entschloß er sich, in einem kleinen Dorf (Binsdorf) im Kreis Querfurt eine Gastwirtschaft mit etwas Landwirtschaft zu pachten. Da die Einnahmen nicht die Familie ernähren konnten, zog er mit Hilfe einer Mühle im Ort einen Mehlhandel auf. Im Auto transportierte er Weizenmehl nach Halle, Merseburg, Weißenfels und Zeitz. Die Abnehmer waren größtenteils Sozialdemokraten und Gewerkschafter. So blieb es nicht aus, daß Binsdorf ein Treffpunkt von Gegnern des Nationalsozialismus wurde. Führende SPD-Funktionäre aus dem ganzen Be-

zirk trafen sich bei Fritz Brauer, um Informationen auszutauschen. Oft war Otto Peter, ehemaliger Sekretär des Afa-Bundes, aus Berlin zu Gast. Auch der frühere Reichstagsabgeordnete und Polizeipräsident Krüger gehörte zu diesem Kreis. Während im Gastzimmer der Nazibürgermeister, der Amtsleiter der Partei und SA-Leute ihr Bier tranken und Karten spielten, saßen in einem Hinterzimmer die Gegner der Gewaltherrschaft zusammen und berieten, was getan werden konnte, um das System zu bekämpfen. Fritz ging immer mal in die Gaststube, erzählte einen Witz und entschuldigte sich mit schriftlichen Arbeiten, die er noch zu erledigen habe. Diese Zusammenkünfte haben wir bis Kriegsbeginn durchgehalten.

Doch die Gestapo schlief nicht. Paul Schmidt, Robert Keller und andere wurden verhaftet und verurteilt. Auch der Kollege Burke aus Bitterfeld mußte wegen illegaler Tätigkeit einige Jahre ins Gefängnis. Im Herbst 1935 war ich wieder an der Reihe. Die Gestapo holte mich und warf mir vor, illegales Material verbreitet und an geheimen Zusammenkünften teilgenommen zu haben. Während ich vernommen wurde, waren andere Gestapoleute in meiner Wohnung dabei, meinen Schreibtisch auszuräumen und den Bücherschrank zu überprüfen. Zum Glück hatte meine Frau, als ich abgeholt wurde, das neue Exemplar des „Vorwärts“ gleich gefunden und verbrannt. Zwei Säcke voll Bücher und Akten hatte die Gestapo mitgenommen. Auf den Protest meiner Frau, daß die Verkaufsbücher die einzigen Unterlagen für die Zahlungen der Kunden seien und dableiben müßten, wurde geantwortet: „Erst überprüfen wir sie, dann werden sie zurückgegeben.“ Nachdem ich den ganzen Tag verhört worden war, kam ich in eine Zelle. Am zweiten Tag ging die Vernehmung weiter. „Warum hast Du die Todesanzeige von Husemann im ‚Generalanzeiger‘ veröffentlicht? Wer hat Dich damit beauftragt?“ Ich antwortete ruhig: „Niemand, ich wollte nur unseren Kollegen in den Betrieben von seinem Ableben Kenntnis geben.“ Weitere Frage: „Weißt Du denn, wie er gestorben ist?“ Meine Antwort war „Nein“. Meine Zugehörigkeit zu einer illegalen Gruppe sollte durch eine Aussage des im Zuchthaus Kassel sitzenden Paul Schmidt bewiesen werden. Man las mir einige Protokollauszüge vor, in denen mich Schmidt der Mittäterschaft beschuldigte. Ich stritt diese Aussage ganz entschieden ab und verlangte eine Gegenüberstellung mit Schmidt. Später wurde ich wieder in die Zelle abgeführt. Nachdem man meine Unterlagen geprüft hatte, kam ich erneut zur Vernehmung. „Du hast ja eine große Anzahl marxistischer Bücher und auch solche jüdischer Autoren. Das alles brauchst Du nicht mehr, es wird verbrannt. Das gleiche gilt für Deine Sammelmappen, die Du in Deinem Leben nicht mehr brauchst. Die Verkaufsbücher kannst Du wieder mitnehmen.“ Abschließend bemerkte der Vernehmungsleiter: „Diesmal bist Du noch davon gekommen“. Mit den Worten: „Sei sicher, einmal erwischen wir Dich, doch dann haben wir auch die Beweise, wir glauben Dir kein Wort.“ Danach wurde ich entlassen. Als Paul

Schmidt seine Strafe abgesehen hatte und nach Hause kam, fragte ich ihn nach dem Protokoll. Seine Antwort: „Es ist kein Wort wahr, alles ist erstunken und erlogen!“

Ich möchte noch Fritz Drescher und Paul Saupe erwähnen, mit denen mich eine alte Freundschaft verband. Wir berieten oft über unsere gemeinsame Arbeit und was zur Verstärkung des Widerstandes noch getan werden könnte. In Weißenfels und Zeitz gab es eine Widerstandsgruppe, die viel zur Aufklärung der Bevölkerung tat. Trotz aller Vorsicht spürte die Gestapo die Widerstandsgruppe auf, so daß die meisten Mitglieder verhaftet und verurteilt wurden.

Wandlung des Widerstandes

Von 1933 bis 1935 war unser Widerstand noch unmittelbar auf den Sturz des Naziregimes gerichtet. Die in dieser Zeit durchgeführten Sabotageaktionen – das Einsetzen von Störtrupps in den Betrieben, um verminderte Leistungen und Produktionsrückgänge zu veranlassen – haben zu hohen Opfern unter den Gewerkschaftern geführt. Die Stabilisierung des Dritten Reiches, die intensive, fast lückenlose Überwachung der Staatsgegner durch die Gestapo, die Weiterführung des Terrors der SA auf der Straße und in die Betriebe hinein führten zwangsläufig zu einer Veränderung der Widerständigkeit. Unsere Vertrauensleute glaubten fest daran, daß die auf Lüge und Betrug aufgebaute Naziherrschaft eines Tages zusammenbrechen würde. Wir erkannten aber auch, daß gegenwärtig die Arbeiterschaft nicht in der Lage war, einen Aufstand durchzuführen. Die waffenstarrenden Gegner waren stärker als wir. Unsere zukünftige Arbeit konzentrierte sich deshalb stärker auf die Erhaltung der Gesinnung und des Zusammenhalts der Arbeiter. Unter Gesinnung verstanden wir das Bekenntnis zur Demokratie, zur Freiheit und zum Koalitionsrecht. Die feste Überzeugung, das Nazisystem geht einmal zu Ende, führte zur solidarischen Gesinnung. Ohne Freiheit konnte es keine Demokratie, ohne Demokratie keine freien Gewerkschaften geben. Dieses Bewußtsein in der Arbeiterschaft und den latent vorhandenen Widerstandswillen gewerkschaftlich geschulter Arbeiter zu erhalten und zu stärken, war eine wichtige Aufgabe. Das von uns aufgebaute, weitverzweigte Netz von Vertrauensleuten in den Bergbaurevieren Mitteldeutschlands war die Grundlage für unsere Arbeit. Aufklärungstätigkeit und Informationsaustausch wurden verstärkt. Die Lügenmeldungen und die Erfolgsberichte der DAF- und Naziführer wurden sofort widerlegt. Da die Herbeischaffung von Druckerzeugnissen aus dem Ausland durch die schärfere Grenzüberwachung erschwert war, mußte die mündliche Aufklärung von Mann zu Mann intensiviert werden. Die uns aus den Betrieben mitgeteilten Informationen

faßten wir zu Gesamtberichten zusammen, um sie an die zentralen Stellen weiterzuleiten.

Meine Verbindung mit dem Ruhrgebiet war nach dem Tode von Husemann fast abgebrochen. Nur über den Kollegen Reddigau konnte ich noch nach Bochum berichten. Damit wir auch zukünftig weiter von den Zentralstellen Informationen erhielten, orientierten wir uns nach Berlin. Mir war bekannt, daß dort Hermann Schlimme und Bernhard Göring die Betreuung der gewerkschaftlichen Widerstandsgruppen leiteten. Mit Bernhard Göring habe ich nach dem 2. Weltkrieg jahrelang am Aufbau der neuen Gewerkschaftsbewegung zusammengearbeitet. Die durch die Verhaftungen immer größer werdenden Ausfälle zwangen uns, größte Vorsicht bei der Werbung von Vertrauensleuten in den Betrieben walten zu lassen. Es wurden Codeworte vereinbart, um einen Widerstands-Kollegen auszuweisen. Die Gestapo in Berlin hatte eine Großaktion in verschiedenen Städten geplant, um Widerstandsgruppen auszuheben. Am Abend zuvor kam ein Kurier aus Berlin in meine Wohnung und berichtete mir von der geplanten Aktion. Er teilte mir mit, daß auch Magdeburg einbezogen sei und daß die gefährdeten Kollegen dort gewarnt werden müßten. Ich fuhr noch spät abends nach Magdeburg, habe den früheren Landrat Runge und den Sekretär Naumann von der Gewerkschaft Holz aus den Betten geholt, um sie zu informieren. Ich bat die Genossen, die gefährdeten Personen noch in der Nacht zu warnen, damit diese untertauchen konnten. Später erfuhr ich, daß es einigen Freunden möglich war, sich der Verhaftung zu entziehen.

In den Jahren 1936 und 1938 trat ein sichtbarer Wandel in der Haltung der Arbeiter zur Hitlerbewegung ein. Die Arbeitslosen waren verschwunden, die Einkommensverhältnisse der Arbeiterfamilien besserten sich. Oft hörte ich die Worte: „Hitler hat es geschafft, jetzt geht es uns besser.“ Wies man darauf hin, daß den Arbeitern in den vergangenen Jahren großes Unrecht widerfahren sei, sie verfolgt und ihrer Freiheit beraubt worden seien, erhielt man die lapidare Antwort, davon habe Hitler bestimmt nichts gewußt. Der Kreis der Kollegen, die nach wie vor die Gewaltherrschaft ablehnten und bekämpften, war kleiner geworden. Mit der Schaffung der Freizeitbewegung „Kraft durch Freude“ gewann die DAF viele Anhänger. Kollegen aus den Betrieben sagten, „wenn wir schon Beiträge für die Arbeitsfront zahlen müssen, wollen wir auch etwas davon haben“. So mancher alte Gewerkschafter berichtete begeistert von den schönen Urlaubs- und Schiffsreisen in andere Länder. Viele Betriebsarbeiter hatten sich mit dem System abgefunden und richteten sich darauf ein, für sich und ihre Familien das Beste daraus zu machen. Es war schwerer geworden, die Arbeiter zu überzeugen, daß die Gegenwart kein Dauerzustand bleiben würde. Die Hoffnung, daß die Naziherrschaft verschwinden würde, wurde immer geringer.

Bei einem Teil der Bevölkerung trat dann im Herbst 1938, als die Judenverfolgung zunahm, die jüdischen Geschäfte geschlossen und später an Nazis für ein „Butterbrot“ verkauft wurden, ein Stimmungsumschwung ein. Für uns war es ein leichtes, den Menschen begreiflich zu machen, wie sich die Nazis die Taschen füllten. Viele Leute waren darüber empört, daß sich übelbeleidete Anhänger Hitlers ins warme Nest setzten. Im März 1939 erfolgte die Besetzung der Tschechoslowakei durch die Hitlerarmee. Während die Anhängerschaft Hitlers über die Vergrößerung des Reiches jubelte, machten sich viele Menschen Gedanken darüber, wo das alles hinführen sollte. Niemand wollte aber so recht glauben, daß die Machtansprüche Hitlers sich über ganz Europa ausdehnen würden.

Die Berichte aus den Betrieben ließen erkennen, daß die Steigerung der Rüstungsproduktion durch das Dritte Reich in immer schnellerem Tempo erfolgte. Die Flugzeugwerke in Dessau, Halle und in anderen Orten wurden aus dem Boden gestampft. Für alle Menschen sichtbar, entstanden Waffen- und Munitionsfabriken. In kürzester Zeit baute Hitler im mitteldeutschen Raum die Hydrierwerke Lützkendorf, Zeitz, Böhlen und Niederlausitz, die Öl und Benzin aus Braunkohle gewannen. Als 1939 sämtliche Lastwagen der kleinen Fuhrunternehmer und Fabriken beschlagnahmt und zum Bau des Westwalls eingesetzt wurden, begann es vielen Arbeitern endlich zu dämmern, wohin das führen mußte. Um die Produktion noch stärker zu steigern, wurde die Arbeitszeit verlängert und das Antreibersystem intensiviert. Die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft führte häufig bis an die Grenze der physischen Erschöpfung der Arbeiter. Die Folge war ein ständiges Ansteigen der Krankenziffern. Um diesem Zustand abzuhelpfen, setzten die Betriebsleiter Krankenkontrolleure und Werkschutz ein, um die Arbeiter zum Betrieb zurückzutreiben. Waren die Arbeiter zu erschöpft, um arbeiten zu können, blieben sie zu Hause, ohne sich krankschreiben zu lassen. Dies waren die sogenannten Bummelschichten. Trotz hoher Strafen erreichten die Bummelschichten oft die Höhe der „Krankfeiernden“. Disziplinlosigkeit und Verärgerung breiteten sich in den Belegschaften aus. Die Betriebsführer antworteten mit den härtesten Mitteln auf die Auflehnung der Arbeiter gegen dieses unwürdige System. Es wurden Arbeitslager geschaffen, in die „Bummelanten“ für einige Monate gesteckt wurden, um „umgeschult“ zu werden. In diesen Lagern herrschten die SA und die SS absolut, und sie „lehrten“ die Menschen, durch Schläge und durch Essensentzug zu arbeiten. Kollegen, die in einem solchen Lager einsaßen, waren endgültig von der Heilslehre des Nationalsozialismus geheilt. Die unmenschliche Behandlung, das Antreibersystem sowie die Rechtlosigkeit der Arbeiter schürten die Unzufriedenheit der Belegschaftsmitglieder. Viele Arbeiter erkannten, daß sie jahrelang von den Nazis zum Narren gehalten worden waren. Nicht Frieden wollte Hitler, sondern die Herrschaft über ganz Europa.

Die Vertrauensleute und die Widerstandsgruppen wußten, daß am Ende der Rüstung der Krieg stand. Wir diskutierten darüber, ob es eine Möglichkeit gäbe, den Krieg von innen heraus zu verhindern. Keiner der Kollegen sah eine solche Möglichkeit. Ohne eine geschlossene Organisation schien es uns unmöglich, eine große Aktion über das ganze Reich durchzuführen. Wenn wir aber zu schwach zum Kampf gegen die Naziherrschaft waren, könnte dann nicht ein Krieg die Wende von außen herbeiführen? Wir machten uns auch Gedanken, was werden sollte, wenn das Dritte Reich zerschlagen sein würde. Dabei spielten theoretische Erörterungen keine große Rolle. Uns kam es vielmehr darauf an, wie der praktische Neuaufbau aussehen sollte. Einig waren wir uns darüber, daß der neue Staat und die Verwaltung nur gemeinsam mit der Arbeiterbewegung geschaffen werden könnten. Zum Aufbau eines neuen demokratischen Staates müßten alle Kräfte des Volkes, die Arbeiter und Angestellten, das Bürgertum – soweit sie die Diktatur abgelehnt hatten –, die sogenannte Intelligenz – soweit sie sich als Anhänger der Demokratie verhalten hatte – herangezogen werden. Der Verwaltungsapparat wäre von den Gegnern der Republik und der Demokratie zu befreien. Die Grundpfeiler des neuen Staates sollten die Organisationen der arbeitenden Menschen sein. Die Fehler von 1918 und 1933 dürften sich nicht wiederholen. Es gab keinen Zweifel unter uns, daß die Voraussetzung für das Gelingen des Neuanfangs die Einheitsgewerkschaft und eine einheitliche Arbeiterpartei wäre. Die neue Ordnung sollte eine wehrhafte Demokratie mit Selbstverwaltung und Mitbestimmung sein.

Bereits 1939 wurde die Rationierung und die Bezugscheinpflicht für Textilien und für andere Waren eingeführt. Damit ging mein Wäschehandel zu Ende. Mit dem Rest meines Warenbestandes fuhr ich zur letzten, großen Rundreise durch Mitteldeutschland. Die letzte freie Ware sollten meine Kollegen und Freunde erhalten. Ich forderte alle Vertrauensleute in den Revieren und Betrieben auf, die Widerstands- und Aufklärungsarbeit fortzusetzen, auch dann, wenn ich nicht jeden Monat vorbeikäme. In dieser entscheidenden Phase der Entwicklung war es notwendig, die Kräfte des Widerstandes zu aktivieren und auszubauen. Ich bemühte mich, eine neue Vertretung zu erhalten. Zwischenzeitlich vertrieb ich mit dem Bezirkssekretär der SPD – Böttge – ein markenfreies Waschmittel. Im August bekam ich eine Vertretung für Lebensmittel in Halle und Umgebung. Als im September 1939 der Überfall auf Polen durch die Deutsche Wehrmacht erfolgte, war mir klar, daß der große Krieg begonnen hatte. In diesen Tagen gab es wenige Menschen, die sich die Frage stellten, wie das Ende wohl aussehen würde. Hitlerjugend, SA und Teile der Bevölkerung stimmten in die Kriegsbegeisterung ein und gelobten dem Führer ewige Treue. Bei den Betriebsarbeitern und bei den älteren Menschen sah man eher besorgte Gesichter. Sie hatten den 1. Weltkrieg und seine Folgen noch zu frisch in Erinnerung. Die Gegner der Naziherrschaft

sahen im Kriegsbeginn den Anfang vom Ende des Nazisystems. Unsere Voraussage von 1933, „wer Hitler wählt, wählt den Krieg“, ging in Erfüllung.

Die Hitlerarmee hatte Polen noch nicht erobert, da erfolgte meine erneute Verhaftung durch die Gestapo. Nach einigen Tagen des „Schmorens“ in der Zelle wurde ich gegen 20 Uhr in das Vernehmungszimmer geführt, in dem sich drei Gestapobeamte aufhielten. Ich spürte sofort, daß es diesmal härter zugehen würde. „Na, Du Schwein, haben wir es Dir nicht gesagt, wir kriegen Dich doch, und jetzt haben wir Dich“, so wurde ich von dem Vernehmungsleiter empfangen. Die Vernehmung dauerte bis 5 Uhr morgens. Wie oft ich in der Nacht von den Schlägen ohnmächtig wurde, weiß ich nicht mehr. Ich möchte es mir ersparen, im einzelnen darzustellen, was man alles mit mir anstellte. Das Geständnis, das sie aus mir herausprügeln wollten, erhielten sie nicht. Morgens wurde ich blutverschmiert und naß in die Zelle zurückgebracht. Man fesselte mich mit Ketten an Händen und Füßen und ließ mich wochenlang liegen. Ende Januar 1940 erhielt ich den Haftbefehl. Ich wurde wegen des Verdachts, „am Aufbau einer illegalen SPD und an der Vorbereitung zum Hochverrat“ beteiligt gewesen zu sein, angeklagt. Als im Februar die Vernehmungen wieder aufgenommen wurden, versuchte die Gestapo mich damit weich zu machen, daß sie mir erzählte, sie hätte meine beiden kleinen Söhne in ein Erziehungsheim gesteckt und meine Frau säße ebenfalls in einer Zelle, nicht weit von mir. „Wenn Du ihnen helfen willst, gestehe alles und Du hast Deine Ruhe“. Es nützte ihnen alles nichts, sie bekamen kein Geständnis. Etwas später erfuhr ich durch den Nachrichtendienst im Gefängnis, daß mit mir noch 20 Kollegen aus dem Mansfelder Land verhaftet worden waren. Die meisten seien inzwischen entlassen. Es wurde mir weiter mitgeteilt, es ginge bei mir um schriftliches Material, das ich dem Kollegen Steinbach gebracht hätte. Jetzt war ich etwas beruhigt. Damit konnte mich die Gestapo nicht fangen. Eines Tages im Frühjahr 1940 öffnete sich meine Zellentür und der Wachtmeister sagte: „Kommen Sie mit zur Gestapo.“ Ich hatte das Gefühl, jetzt muß es sich entscheiden, ob ich freikomme oder ins KZ überführt werde. Im Gestapozimmer wurde mir erklärt: „Warum hast Du nicht gesagt, daß die Zeitschrift, die Du dem Steinbach gegeben hast, öffentlich zugelassen ist. Du kannst nach Hause gehen, hast Dich jedoch jeden zweiten Tag bei uns zu melden!“ Es gab keinen Prozeß.

Später erfuhr ich, was die Verhaftungswelle ausgelöst hatte. Der Kollege Steinbach erzählte in der Frühstückspause im Schacht, Wolfram war bei mir, hat Zeitschriften gebracht und eine Menge Neuigkeiten. Ich sei auch noch in mehreren anderen Orten bei Funktionären gewesen. Unter den Kameraden mußte ein Spitzel gewesen sein, der das Gespräch sofort dem Betriebsobmann gemeldet hatte. Dieser gab die Mitteilung an die Gestapo weiter, die dann die Verhaftung einleitete.

Als ich von der Gestapo entlassen wurde, fand ich meine Wohnung verlassen vor. Die Nachbarn erzählten mir, meine Frau sei mit den Kindern bereits seit sechs Wochen bei ihrer Schwester in Thüringen. Jetzt erfuhr ich auch, daß die Gestapo mich über die Situation meiner Familie belogen hatte. Meine Frau hatte sich nach mehrmaligen Vernehmungen und der Drohung, ihr die Kinder wegzunehmen, die Pulsadern geöffnet. Ihre Freundin aus dem Haus fand sie rechtzeitig und brachte sie in die Klinik. Ich fuhr sofort nach Thüringen und teile von dort aus der Gestapo mit, daß ich erst in 3 Wochen nach Halle zurückkäme. Bald nach meiner Rückkehr nahm ich meine Vertretertätigkeit wieder auf, bis ich ein Jahr später zum Kriegsdienst eingezogen wurde. Nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 erinnerte sich die Gestapo auch an mich. Im August wurde ich zum Kompaniechef befohlen, der mir eröffnete, daß die Gestapoleitstelle in Halle angeordnet habe, mich festzunehmen und nach Halle zu überführen. Auf meine Frage, was ich denn verbrochen hätte, erhielt ich keine Antwort. Nach einiger Überlegung sagte der Hauptmann: „Sie gehen sofort auf ein Außenkommando, und ich teile der Gestapo mit, Sie wären im Augenblick nicht greifbar.“ So geschah es. Die turbulenten Kriegseignisse in den folgenden Monaten haben wohl dazu beigetragen, daß ich den Fängen der Gestapo entkam.

Ich möchte diesen Erlebnis- und Erfahrungsbericht über den gewerkschaftlichen Widerstand mit den Darlegungen zweier Kollegen abschließen, mit denen ich jahrelang zusammengearbeitet habe. Der Kollege Zobel aus Gerstedt erzählte aus seiner Erfahrung: „1930 war ich zum Bürgermeister meines Ortes gewählt worden, mußte aber bereits im Februar 1933 wieder abtreten und auf dem Schacht zur Arbeit gehen. Bei den Märzahlen 1933 zum Kreis- und Gemeindeparlament habe ich mich als Spitzenkandidat der SPD wieder zur Wahl gestellt. Im Wahlkampf sprach ich vom Balkon des Rathauses zu den Menschen auf dem Marktplatz. Da meine Rede gegen Hitler gerichtet war, wurden in der darauffolgenden Nacht von SA-Männern die Fensterscheiben meiner Wohnung eingeworfen. Das Wahlergebnis zeigte einen großen Erfolg: die SPD behauptete ihre absolute Mehrheit im Gemeindeparlament, die Nazis erhielten nur ein Drittel der abgegebenen Stimmen. Gleichzeitig war ich auch in den Kreistag gewählt worden. Als dieser einige Tage später in Eisleben seine konstituierende Sitzung abhalten wollte, hatten die Nazis den Saal durch die SA besetzt und abgeriegelt.“

Beim Singen des Horst-Wessel-Liedes rissen uns acht Männer die Arme hoch und aus ihrer Mitte ertönte der Ruf: „Jungen, tut Eure Pflicht! Das war das Signal, über uns herzufallen. Sie knüppelten uns nieder, traten uns mit ihren Stiefelabsätzen und schlugen uns die Zähne aus. Blutüberströmt schleppten wir uns hinaus, um uns nach Hause zu retten. Nun ging die Hetze gegen uns erst recht los. Eines Tages wurde ich mit vielen weiteren Genos-

sen verhaftet. Als ich nach Monaten aus der Haft entlassen wurde, mußte ich mich täglich bei der Polizei melden. Die Aufsicht währte jahrelang. Sieben Hausdurchsuchungen wurden bei mir durchgeführt, ich bekam keinen Pfenning Unterstützung und hatte doch vier Kinder zu versorgen. Trotzdem hatte ich die Hoffnung nicht aufgegeben, daß der Tag käme, der uns die Freiheit wiederbringen würde. Ich bin als Gewerkschaftler immer meiner Organisation treu geliebt.“

Der Kollege August Reddigau erklärte: „Da ich meine Wohnung räumen mußte, zog ich mit meiner Familie im August nach Burgtonna, einem kleinen Ort in Thüringen. Ich habe mich um keinen gekümmert, ich war richtig menschenscheu geworden, da mir auch dort die gleiche Verrücktheit entgegentrat, die ich bereits in Halle kennengelernt hatte. Da der Ort ziemlich entfernt von Halle lag, wurde meine frühere Stellung in der Arbeiterbewegung nicht bekannt. Nur der Dorfschulze, der ein ehemaliger organisierter Metallarbeiter war, wußte, wer ich war. Obwohl er fest in „Nationalsozialismus“ machte, hielt er den Mund. Nach und nach kam ich mit den Einwohnern mehr in Fühlung. Wir verstanden uns immer besser, da ich ihnen schriftlich aus ihren Nöten helfen konnte. Ein Verrückter tobte sich in Berlin aus, und die „kleinen Hitler“ waren noch schlimmer. Obwohl ich aufklärte, wo ich konnte, mußte ich sehr vorsichtig sein, um an keine falsche Adresse zu geraten. Während der Unterhaltungen hatte man bald heraus, wem man vertrauen konnte. Einige standen sogar offen auf meiner Seite, andere hielten sich beide Türen offen, um gegebenenfalls falsch verstanden worden zu sein. Wir fühlten alle, wir waren nicht stark genug, um gegen Hitler etwas unternehmen zu können; wir wußten auch, daß er sich letzten Endes doch den Kopf einrennen würde. Ehe es soweit war, mußten wir noch schwere Zeiten überwinden.“

Mein Sohn Richard führte in Oberschlesien eine Buchdruckerei. Als es dort nicht klappte, wie es sollte, ging ich zu ihm nach Hindenburg, wo der Hitlerismus ebenso in Blüte stand wie zu Hause. Da dies ein Grenzort war, wurden dort Zeitungen „gepascht“, das heißt, schwarz von Polen über die Grenze gebracht, die dann an den Mann zu bringen waren. Der „Vorwärts“ erschien nur in ganz kleinem Format und wurde in Prag gedruckt, über die „grüne“ Grenze gebracht und heimlich verbreitet. Als Aufbewahrungsort wurden hauptsächlich Stiefel oder Schuhe benutzt, und die Zeitungen wurden als Einlegesohlen verwendet, um sie bei Bedarf oder bei Gelegenheit an den Mann zu bringen. Dabei habe ich geholfen. Ein Kollege, der an der „Zeitungspascherei“ beteiligt war, wurde geschnappt und kam für vier Jahre in ein KZ.

Nach Hause zurückgekehrt, mußte ich an Siedlungshäusern mitarbeiten, wofür keine Entschädigung gezahlt wurde. Später mußte ich Schweine wiegen.

Im Sommer las ich Ähren, half an der Maschine, grub Kartoffeln aus und bestellte meinen Garten. Im Jahre 1937 wurde ich pensioniert. Die Wahlen wurde äußerst stark kontrolliert. Bald wurde es unmöglich, gegen das Nazi-regime zu stimmen, da die SS-Leute die Wahllokale besetzten und jeden scharf im Auge behielten, der im Verdacht stand, gegen Hitler eingestellt zu sein. Durch allerhand Komödienspiele erreichten wir, unsere Stimmen trotzdem gegen Hitler abzugeben. Wir hefteten das „Ja“ an den Rock und machten unsere Stimmen ungültig. Offenbar wurde Wahlschwindel betrieben, denn bei der Auszählung hatten alle einmütig Hitler gewählt. Da außer uns bestimmt auch einige andere gegen Hitler votiert hatten, wußten wir, daß geschwindelt worden war. Wir mußten das Wahlunrecht hinnehmen, da wir nichts dagegen unternehmen konnten. Bei der darauffolgenden Wahl waren drei Stimmen gegen Hitler. Ohne Zweifel votierten mehr Wähler gegen ihn, doch glaubte man, sich erlauben zu können, ruhig einige der abgegebenen Stimmen gegen ihn feststellen zu können. Einige bestimmte Personen wurden bezichtigt, diese Schlechtigkeit angezettelt zu haben, und da der ganze Ort offen darüber sprach, fühlten sich die Betroffenen beleidigt und strengten Klage gegen die Verbreiter des Gerüchtes an. Die Angelegenheit wurde jedoch von Seiten der Partei aus der Welt geschafft, da man sich augenscheinlich nicht blamieren wollte. Da ich schon mehr im Dorf bekannt war, versuchte ich immer mehr, gegen die Nazis Stimmung zu machen. Es gelang mir auch, eine ganze Reihe von Personen zu beeinflussen. Manchmal eckte ich auch an und mußte einen Rückzieher machen. Beim Schweinewiegen verhielten sich meine Kollegen und ich immer so, daß sich der Eigentümer nicht zu beklagen hatte. Ich habe das nur getan, um dem System zu schaden. Ein Sohn des Steinbruchbesizers, für den ich die Lohnabrechnungen machte, war desertiert und nachts zu seinen Eltern zurückgekehrt. Ich wußte davon, und wir trafen uns heimlich. Eines Tages war er unvorsichtig und zeigte sich auf der Straße. Als die amtlichen Stellen davon Wind bekamen, wurde er abgepaßt und erschossen. Ich wurde in das KZ Buchenwald eingeliefert. Seine Eltern wurden ebenfalls verhaftet und verbrachten lange Zeit im Gefängnis. Der Vater sollte in ein KZ überführt werden, wurde jedoch unterwegs von der SS erschossen. Kurz darauf kamen die Amerikaner und befreiten uns. Wir waren froh, daß der Schwindel endlich vorbei war.“

Jetzt Einigkeit und Bereitschaft!

Gewerkschaftler aller Richtungen!

Die politische Lage ist in entscheidender Weise geändert.

Das Schwergewicht der neuen Reichsregierung liegt bei Parteien und Gruppen, die bisher offen für die soziale Entrechtung der Arbeiter und Angestellten, für die Zerschlagung der Demokratie und für die Ausschaltung des Parlaments eingetreten sind.

Die Gefahr liegt nahe, daß sie jetzt ihre Pläne zu verwirklichen trachten.

Gewerkschaftsmitglieder!

Die Lebensinteressen der gesamten Arbeitnehmerschaft stehen auf dem Spiel. Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfalle wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot.

Laßt Euch nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten.

Berlin, den 30. Januar 1933.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

Allgemeiner
freier Angestelltenbund

Gesamtverband der
christlichen Gewerkschaften

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten-
und Beamtenverbände

Zweiundfünfzig gegen achtundvierzig

Das Ergebnis des Reichstagswahlkampfes

Von Bruno Glätzle

Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen! Mit diesen Worten eines alten sozialistischen Kampfliedes könnten die grundsätzlichen Gegner des demokratischen Wahlrechts, die am 5. März 1933 als Sieger aus dem Kampf hervorgingen, die Erreichung der ersehnten 51 v. H. begrüsst haben. In den vergangenen 14 Jahren lebhafter, wenn nicht leidenschaftlicher Wahlkämpfe haben die 51 v. H. in der politischen Ideologie stets eine grosse, vielleicht verhängnisvolle Rolle gespielt. Nicht wenige von der äussersten Linken erwarteten von den 51 v. H. die Auslösung der Weltrevolution, Gemässigte zum mindesten die Voraussetzungen für die Inangriffnahme der Sozialisierung. Endlich ist die in den vergangenen Wahlkämpfen seit langem vergeblich ersehnte handlungsfähige Regierungsmehrheit mit 52 v. H. der gültigen Stimmen erreicht worden¹⁾. Allein diese angesichts der seit Jahren gewohnten Kräftezersplitterung wie eine Erlösung wirkende Tatsache der nunmehr 52prozentigen Mehrheit gab der Hitler-Regierung, die nach mehreren erfolglosen Wahlkämpfen des vorigen Jahres kühn genug war, erneut an das Volk zu appellieren, eine grosse Chance. Das psychologische Schwergewicht im parlamentarischen Kräftespiel war nach der Verkündung des Wahlergebnisses eindeutig nach rechts verschoben. Die knappe, aber sichere Mehrheit wirkte wie ein Volksvotum zur uneingeschränkten Machtausübung, versetzte die 48prozentige Minderheit in eine lähmende Resignation. Die Kräfte der Demokratie sind im nationalen und sozialen Existenzkampf und im parlamentarischen Streit um eine regierungsfähige Mehrheit bereits seit langem zu sehr zermürbt worden. Die Nationalsozialisten, von Haus aus die geschworenen Verächter der demokratischen Mehrheitsbildung, nutzten unter Mitwirkung des Reichspräsidenten im überraschenden Vorstoss die im Bündnis mit den konser-

¹⁾ Reichstag und Preussischer Landtag haben als Ergebnis der Wahl vom 5. März folgende Mandatsverteilung aufzuweisen:

Parteien	Mandate			
	Reichstag		Landtag (Preussen)	
	jetzt	bisher	jetzt	bisher
Nationalsozialisten	288	196	211	162
Sozialdemokraten	120	121	80	93
Kommunisten	81	100	63	57
Zentrum	73	70	68	67
Kampffront Schwarz-Weiss-Rot	52	52	43	31
Bayerische Volkspartei	19	20	—	—
Deutsche Volkspartei	2	11	2	7
Christlich-Sozialer Volksdienst	4	5	2	2
Deutsche Staatspartei	5	2	3	2
Deutsche Bauernpartei	2	3	—	—
Württembergischer Weingärtnerbund	1	2	—	—
Deutsch-Hannoveraner	—	1	2	1
Abgeordnete insgesamt	647	584	474	423

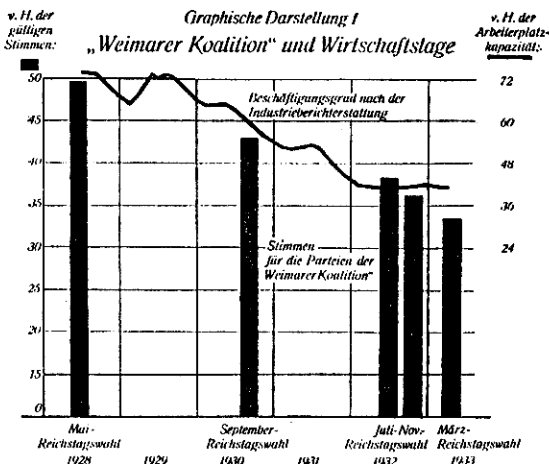
vativen Deutschnationalen erreichte parlamentarische Machtposition zur Legalisierung der „nationalen“, oder wie Göring betont wissen will, der „nationalsozialistischen Revolution“. In kluger Berechnung auf die geistige Verfassung der in der politischen Arithmetik der vergangenen 14 Jahre wohlgezogenen Wählerschaft haben die Nationalsozialisten ihre Machtübernahme aus der Wahlentscheidung des 5. März begründet. Das sollte den Gegner der jetzigen Machträger nicht darüber hinwegtäuschen, dass die vollzogene Revolution ihre wahre staatsneugestaltende Kraft nicht aus dem Zufall der gerade erreichten parlamentarischen Mehrheit, sondern aus tieferen Quellen gezogen hat.

Die Weimarer Verfassung, die bisher unser staatsrechtliches Leben trug, bietet der 51prozentigen Mehrheit ausserordentliche Stützpunkte. Die Nationalsozialisten und Deutschnationalen befanden sich daher durch den Wahlausgang in einer *staatsrechtlich* glücklichen Situation, denn sie hatten in der Tat mit den 52 Prozent den Hebel bereits in der Hand, mit dem sie im revolutionären Fortgang der Staatsumwälzung alle Machtpositionen um- und gleichschalteten. Durch Kassieren der kommunistischen Mandate hat die Regierung ihre knappe parlamentarische Basis verbreitert, im Preussischen Landtag sogar eine absolute nationalsozialistische Mehrheit herbeigeführt. Der nationalsozialistische Einfluss im Reichsrat ist mit Zweidrittelmehrheit gesichert. Parlamentarisch ist die Hitler-Regierung überall ausreichend gestützt.

Der Staatsbau, der in den Notjahren nach dem Zusammenbruch des monarchistischen Deutschlands von einer starken Mehrheit der politischen Willensträger gefügt wurde, war bereits seit langem erschüttert. Diese Mehrheit, aus einem freien Volksentscheid (Wahlen zur Nationalversammlung) hervorgegangen, blieb aber nicht lange erhalten. Seit Jahren fehlte die *aktive Mehrheit* für die parlamentarische politische Willensbildung. Aus den linken Parteien, den sogenannten „Marxisten“, war die Koalition *nur theoretisch* denkbar. Wenn wir sie in unserer statistischen Untersuchung trotzdem berücksichtigen, so deshalb, weil sie als negative „sozialistische“ Blockbildung in der parlamentarischen Opposition von Bedeutung werden konnte und als parlamentarisches Kraftfeld anzusehen war, das, wenn auch unter entgegengesetzten Vorzeichen, auf eine sozialistische Neuordnung zielte.

Träger des demokratischen Staatsgedankens war die Weimarer Koalition. Unter gewissen Vorbehalten lässt sich auch die Bayerische Volkspartei zu ihr rechnen. Im Mai 1929 vereinigten die Parteien vom Zentrum bis zur Sozialdemokratie rund die Hälfte der Wählerschaft. Bei der Wahl am 5. März betrug ihr Anteil nur noch ein Drittel der gültigen Stimmen. Ganz West- und Süddeutschland zeigte 1928, wie die Tabellen 1 und 2 ausweisen, eine beachtliche Mehrheit der Parteien der Weimarer Koalition. Diese Regierungsmehrheit der zur Weimarer Verfassung stehenden Parteien ist verlorengegangen. Die antidemokratische, wenn auch parlamentarisch sich nur negativ auswirkende Mehrheit von Nationalsozialisten, Deutschnationalen *und* Kommunisten ist seit 1930 von Wahl zu Wahl angewachsen.

Das Schicksal der demokratischen Parteien war mit der Wirtschaftskrise aufs engste verknüpft, die seit 1928 das gesellschaftliche Leben zerrüttete. Das nebenstehende Schaubild 1 zeigt uns von Reichstagswahl zu Reichstagswahl den Stimmenrückgang dieser Parteien. Die Wirtschaftskatastrophe war der unablässige Antrieb dieser rückläufigen Entwicklung. Weder Zentrum noch Sozialdemokratie haben trotz steigender Politisierung der Wählermassen aus der revoltierenden und verzweifelnden Stimmung der sozial verelendeten Massen zusätzliche



Kräfte für eine soziale und politische Neuformung unseres nationalen Lebens zu gewinnen vermocht. Die zunehmende Wahlbeteiligung und offenbar der überwiegende Teil der Jungwähler kamen den antidemokratischen Parteien zugute.

Nicht ohne Rückschläge, aber doch mit einer gewissen Stetigkeit haben die radikalen Flügelparteien, sowohl Nationalsozialisten als auch Kommunisten, in den vergangenen fünf Jahren von Wahl zu Wahl ihre Position verstärkt. Das Anwachsen des Kommunismus war, wenn nicht ausschliesslich, so doch in erster Linie in der unabschbaren Not der Krisenjahre begründet. Der Nationalsozialismus entwickelte sich zur ungestümen Massenbewegung durch den unaufhaltbaren Zustrom des mittleren und kleineren Bürgertums, das gegen die dreifache Verarmung durch Krieg, Inflation und Krise revoltierte. Das Evangelium des Kampfes gegen Versailles, den die Weimarer Parteien führten, wurde vom Nationalsozialismus gepredigt. Und im Zeichen dieses Evangeliums gelang es dem Nationalsozialismus, ein zerriebenes, in „Interessentenhaufen“ gespaltenes Bürgertum mannigfaltiger bürgerlicher Splitterparteien zu einer einheitlichen politischen Willensbildung zusammenzuschweissen. Durch diesen Auftrieb wurden im Grunde unpolitische Kräfte mitgerissen, die das Kuriosum in der politischen Entwicklung der von harten politischen Kämpfen durchzuckten 14 Jahre verursachten, dass letzten Endes die Unpolitischsten der Unpolitischen, dass die Jüngsten der Wähler und die Wahlmüdesten im alternden Bürgertum bei einer Wahlbeteiligung von teilweise mehr als 90 v. H. die Entscheidung im Kampf um die Führung des deutschen Staates fällten. Es genügte nicht, dass die „Weimarer Parteien“ ihre absoluten Stimmenzahlen gegen die Novemberwahl gut behaupteten. Die bisherigen Nichtwähler entschieden gegen sie.

Tabelle 1. Die Stärke der Parteien in den einzelnen Landesgebieten.

Parteien	Zahl der Stimmen in Tausend					In v. H. der gültigen Stimmen				
	Mai 1928	Sept. 1930	Juli 1932	Nov. 1932	März 1933	Mai 1928	Sept. 1930	Juli 1932	Nov. 1932	März 1933
Deutsches Reich										
<i>SPD, SAP, KPD. zusammen</i>	12585	13182	13225	13277	12033	40,9	37,0	36,1	37,4	30,0
<i>Zentrum, Staatsp., SPD. zusammen</i>	15290	15086	14125	12017	13069	49,8	43,1	38,3	36,4	41,1
<i>NSDAP. und Deutschnationale zus.</i>	5192	8804	15906	14869	2946	16,8	25,3	43,3	42,0	51,9
Nationalsozialisten	810	6410	13779	11737	17271	2,6	18,3	37,4	33,1	43,9
Deutschnationale	4382	2458	2187	3132	3135	14,2	7,0	5,9	8,9	8,0
Sonstige bürgerliche Rechte	6840	6437	1422	1660	1067	22,3	18,5	3,9	4,6	2,7
Bayrische Volkspartei	946	1059	1203	1096	1074	3,1	3,0	3,2	3,1	2,7
Zentrum	3712	4127	4589	4231	4424	12,1	11,8	12,5	11,9	11,2
Staatspartei	1479	1322	373	339	334	4,8	3,8	1,0	1,0	0,9
Sozialdemokraten	9153	8578	7960	7252	7177	29,8	24,5	21,6	20,4	18,3
Kommunisten	3265	4592	5293	5981	4846	10,6	13,1	14,3	16,9	12,3
Staat Sachsen										
<i>SPD, SAP, KPD. zusammen</i>	1409	1480	1470	1477	1443	51,6	48,3	46,5	47,7	42,8
<i>Zentrum, Staatsp., SPD. zusammen</i>	1171	1150	983	927	999	42,9	37,6	31,0	29,9	28,7
<i>NSDAP. und Deutschnationale zus.</i>	320	697	1453	1347	1737	12,0	22,7	40,0	44,5	51,5
Nationalsozialisten	74	561	1307	1135	1517	2,7	18,3	41,4	36,6	45,0
Deutschnationale	255	136	146	212	220	9,3	4,4	4,6	6,9	6,5
Sonstige bürgerliche Rechte	825	727	156	203	109	30,1	23,8	4,9	6,5	3,3
Zentrum	24	27	42	37	42	0,9	0,9	1,3	1,2	1,2
Staatspartei	147	131	42	35	41	5,4	4,3	1,3	1,1	1,2
Sozialdemokraten	1000	992	899	855	886	36,6	32,4	28,4	27,6	26,3
Kommunisten	382	487	550	608	557	14,0	15,9	17,4	19,7	16,5
Staat Bayern										
<i>SPD, SAP, KPD. zusammen</i>	965	1012	1043	1035	966	28,4	26,8	25,5	26,8	21,8
<i>Bayr. Volkspartei, Staatsp., SPD. zus.</i>	1988	2032	2043	1865	1913	58,6	53,8	49,9	48,2	41,2
<i>NSDAP. und Deutschnationale zus.</i>	555	753	1471	1370	2091	16,4	19,9	30,0	35,3	47,2
Nationalsozialisten	216	678	1346	1182	1909	6,4	17,9	32,9	30,5	43,1
Deutschnationale	339	75	125	188	182	10,0	2,0	3,1	4,8	4,1
Sonstige bürgerliche Rechte	712	769	234	236	146	21,0	20,4	5,7	6,1	3,3
Bayr. Volkspartei ²⁾	1054	1175	1323	1215	1207	31,1	31,1	32,3	31,4	27,3
Staatspartei	107	69	20	16	18	3,1	1,8	0,5	0,4	0,4
Sozialdemokraten	827	788	700	634	688	24,4	20,9	17,1	16,4	15,5
Kommunisten	130	225	339	399	278	3,8	5,9	8,3	10,3	6,3
Südwestdeutschland (Württemberg, Baden)										
<i>SPD, SAP, KPD. zusammen</i>	877	1039	1032	941	965	32,9	31,2	29,3	28,3	25,1
<i>Zentrum, Staatsp., SPD. zusammen</i>	1508	1760	1509	1330	1401	56,7	52,8	42,8	40,1	36,8
<i>NSDAP. und Deutschnationale zus.</i>	236	596	1370	1226	1826	8,5	17,9	38,9	36,9	47,9
Nationalsozialisten	60	496	1259	1079	1670	2,2	14,9	35,7	32,5	43,8
Deutschnationale	166	11,0	111	147	156	6,3	3,0	3,2	4,4	4,1
Württemb. Bauernbund	200	181	97	105	84	7,5	5,4	2,8	3,2	2,2
Sonstige bürgerliche Rechte	517	468	156	263	127	19,5	14,0	4,4	7,9	3,3
Zentrum	628	760	801	713	751	23,6	22,8	22,7	21,5	19,7
Staatspartei	211	290	66	72	61	8,0	8,7	1,9	2,2	1,6
Sozialdemokraten	669	710	642	545	589	25,1	21,3	18,2	16,4	15,5
Kommunisten	202	329	384	392	376	7,6	9,9	10,9	11,8	9,8

Zweihundfünfzig gegen achthundvierzig

Noch Tabelle 1.

Parteien	Zahl der Stimmen in Tausend					In v. H. der gültigen Stimmen				
	Mai 1928	Sept. 1930	Juli 1932	Nov. 1932	März 1933	Mai 1928	Sept. 1930	Juli 1932	Nov. 1932	März 1933
Westdeutschland										
(Wahlkreise Düsseldorf, Koblenz-Trier, Köln-Aachen, Hessen-Nassau, Westfalen)										
SPD., SAP., KPD. zusammen	2489	2672	2949	2834	2525	35,6	32,7	34,0	34,3	27,5
Zentrum, Staatsp., SPD. zusammen	3900	3835	3899	3557	3675	55,7	47,0	45,0	43,1	40,0
NSDAP. und Deutschnationale zus.	782	1646	2964	2725	3998	11,2	20,1	34,3	33,0	43,0
Nationalsozialisten	127	1285	2550	2196	3415	1,8	15,7	29,5	26,6	37,2
Deutschnationale	655	361	414	529	583	9,4	4,4	4,8	6,4	6,4
Sonstige bürgerliche Rechte	1449	1456	316	375	233	20,7	17,8	3,6	4,5	2,5
Zentrum	2031	2191	2483	2294	2388	29,0	26,8	28,7	27,8	26,0
Staatspartei	247	211	35	33	41	3,5	2,6	0,4	0,4	0,4
Sozialdemokraten	1622	1433	1371	1230	1246	23,2	17,6	15,9	14,9	13,6
Kommunisten	832	1236	1465	1596	1279	11,9	15,1	16,9	19,3	13,9
Norddeutschland und Berlin-Potsdam I und II										
(Wahlkreise Berlin, Potsdam, Hainburg, Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Osthannover, Weser-Ems)										
SPD., SAP., KPD. zusammen	3140	3331	3256	3285	2982	49,7	46,0	44,5	45,4	38,2
Zentrum, Staatsp., SPD. zusammen	4833	2638	2452	2206	2191	44,8	37,5	33,5	30,5	28,0
NSDAP. und Deutschnationale zus.	1241	2036	3376	3242	4192	19,6	29,0	46,1	44,7	53,6
Nationalsozialisten	159	1328	2782	2376	3323	2,5	18,9	38,0	32,8	42,5
Deutschnationale	1082	708	594	866	869	17,1	10,1	8,1	11,9	11,1
Sonstige bürgerliche Rechte	1256	1121	207	278	178	19,9	16,0	2,8	3,8	2,3
Zentrum	241	291	350	322	351	3,8	4,1	4,8	4,5	4,5
Staatspartei	444	345	132	117	109	7,0	4,9	1,8	1,6	1,4
Sozialdemokraten	2148	2002	1970	1767	1721	34,0	28,5	26,9	24,4	22,1
Kommunisten	963	1224	1275	1510	1260	15,2	17,4	17,4	20,9	16,1
Mitteldeutschland										
(Wahlkreise Magdeburg, Merseburg, Thüringen, Südhannover-Braunschweig)										
SPD., SAP., KPD. zusammen	1890	1914	1831	1838	1678	48,6	45,2	41,3	43,1	36,2
Zentrum, Staatsp., SPD. zusammen	1692	1624	1383	1283	1243	44,7	38,3	31,1	30,1	26,9
NSDAP. und Deutschnationale zus.	611	1143	2226	2078	2680	16,1	26,9	50,2	48,7	57,8
Nationalsozialisten	123	888	1956	1622	2201	3,2	20,9	44,1	38,0	47,5
Deutschnationale	488	255	270	1456	479	12,9	6,0	6,1	10,7	10,3
Sonstige bürgerliche Rechte	1051	914	181	173	98	27,8	21,5	4,1	4,1	2,1
Zentrum	119	136	158	143	149	3,2	3,2	3,5	3,3	3,2
Staatspartei	164	136	42	33	30	4,3	3,2	0,9	0,8	0,7
Sozialdemokraten	1409	1352	1183	1107	1064	37,2	31,9	26,7	26,0	23,0
Kommunisten	416	560	642	727	614	11,0	13,2	14,5	17,0	13,2
Ostdeutschland										
(Wahlkreise Ostpreussen, Pommern, Frankfurt a. d. O., Breslau, Liegnitz, Oppeln)										
SPD., SAP., KPD. zusammen	1846	1830	1830	1784	1465	38,0	34,2	32,2	32,9	24,3
Zentrum, Staatsp., SPD. zusammen	2224	2044	1852	1739	1634	45,7	38,2	32,5	32,2	27,0
NSDAP. und Deutschnationale zus.	1449	1966	3067	2829	3839	29,8	36,7	53,8	52,3	61,7
Nationalsozialisten	52	1143	2542	2147	3194	1,1	21,3	44,6	39,7	53,0
Deutschnationale	1397	823	525	682	645	28,7	15,4	9,2	12,6	10,7
Sonstige bürgerliche Rechte	821	812	142	168	80	16,9	15,2	2,5	3,1	1,3
Zentrum	560	606	623	600	609	11,5	11,3	10,9	11,1	10,1
Staatspartei	185	139	35	30	32	3,8	2,6	0,6	0,6	0,6
Sozialdemokraten	1479	1299	1194	1109	983	30,4	24,3	21,0	20,5	16,3
Kommunisten	340	530	625	667	482	7,0	9,9	11,0	12,3	8,0

1) Und Bayerische Volkspartei. — 2) In der Pfalz stellen Bayerische Volkspartei und Zentrum gemeinsame Listen auf.
3) Einschliesslich Thüringer Landbund.

Tabelle 2.

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen

Wahlkreise	Von 100 der gültigen Stimmen														
	Nationalsozialisten					Deutschnationale (Kampffront Schwarz-Weiss-Rot)					Sonstige bürgerl. Parteien (ohne Zentrum)				
	Mal 1928	Sept. 1930	Juli 1932	Nov. 1932	März 1933	Mal 1928	Sept. 1930	Juli 1932	Nov. 1932	März 1933	Mal 1928	Sept. 1930	Juli 1932	Nov. 1932	März 1933
1. Ostpreussen	0,8	22,5	47,1	39,7	56,5	31,4	19,6	9,5	14,4	11,3	23,5	17,1	3,1	4,5	2,4
2. Berlin	1,4	12,8	24,6	22,5	31,2	15,7	11,7	7,0	9,2	9,1	15,5	10,8	2,3	2,5	2,4
3. Potsdam II	1,8	16,7	33,0	29,1	38,2	21,4	14,9	10,9	15,6	14,0	24,9	19,3	4,0	4,6	4,2
4. Potsdam I	1,6	18,8	38,2	34,1	44,5	22,8	13,9	9,0	12,8	11,7	21,0	16,2	2,8	3,2	2,2
5. Frankfurt a. d. O.	1,0	22,7	48,1	42,6	55,2	29,6	13,2	9,2	13,0	11,0	23,7	22,3	3,3	4,1	1,8
6. Pommern	1,5	24,3	48,0	43,1	56,3	41,5	24,8	15,8	20,7	17,0	19,3	16,2	2,8	3,0	1,8
7. Breslau	1,0	24,2	43,5	40,4	50,2	22,9	8,9	5,6	7,7	7,1	17,5	13,8	2,3	2,7	2,0
8. Liegnitz	1,2	20,9	48,0	42,1	54,1	24,5	8,6	6,9	9,9	9,1	24,1	24,6	3,8	4,5	2,2
9. Oppeln	1,0	9,5	29,2	26,8	43,2	17,0	15,3	6,9	8,0	7,5	15,9	14,1	3,4	3,2	0,9
10. Magdeburg	1,7	19,5	43,8	39,0	47,3	16,2	7,5	7,5	11,0	10,6	29,9	24,0	3,2	3,7	2,1
11. Merseburg	2,7	20,5	42,6	34,5	46,4	21,4	7,9	8,1	12,8	11,9	25,6	25,7	3,4	4,7	2,3
12. Thüringen	3,7	19,3	43,4	37,1	47,3	8,2	4,3	4,7	7,4	11,5	³⁾ 37,8	³⁾ 28,0	³⁾ 8,1	³⁾ 9,9	2,7
13. Schleswig-Holstein ..	4,0	27,0	51,0	45,7	53,2	23,0	6,1	6,6	10,5	10,1	28,4	25,4	4,2	4,7	2,8
14. Weser-Ems	5,2	20,5	38,4	31,9	41,4	8,5	6,6	7,9	11,1	10,6	34,4	23,6	5,0	7,0	4,4
15. Ostthannover	2,6	20,6	49,5	42,8	54,3	10,5	8,0	8,4	12,3	11,3	46,7	34,5	8,0	9,8	5,9
16. Südhann.-Braunschw.	4,4	24,3	46,0	40,6	48,7	9,2	5,3	5,1	7,4	7,6	32,4	20,8	4,1	5,5	3,7
17. Westfalen-Nord	1,0	12,0	25,7	22,3	34,9	9,2	5,9	5,7	7,3	6,8	24,7	19,5	4,6	5,7	3,3
18. Westfalen-Süd	1,6	13,9	27,2	24,8	33,8	8,6	3,9	4,7	6,4	6,5	24,3	21,7	4,9	5,7	3,8
19. Hessen-Nassau	3,6	20,8	43,6	41,2	49,4	10,0	3,3	4,1	5,1	4,9	30,7	26,0	4,2	5,9	4,1
20. Köln-Aachen	1,1	14,5	20,2	17,4	30,1	7,2	3,0	3,7	5,3	5,7	20,5	17,1	3,4	3,9	2,9
21. Koblenz-Trier	2,1	14,9	28,9	26,1	38,5	6,7	4,6	4,7	6,1	6,1	23,5	18,0	2,7	2,8	1,4
22. Düsseldorf-Ost	3,8	17,0	31,6	27,0	47,4	11,9	4,8	4,9	7,3	6,8	21,5	19,9	4,2	5,3	3,1
23. Düsseldorf-West	1,2	16,8	27,0	24,2	35,2	10,7	5,9	5,9	7,3	8,0	20,3	17,3	2,9	3,3	1,9
24. Oberbay.-Schwaben ..	6,2	16,3	27,1	24,6	41,0	6,3	2,4	3,5	4,7	4,4	¹⁾ 27,9	¹⁾ 22,3	¹⁾ 8,3	¹⁾ 8,5	4,6
25. Niederbayern	3,5	12,0	20,4	18,5	39,2	3,5	1,4	1,5	2,6	2,0	¹⁾ 31,5	¹⁾ 25,5	¹⁾ 10,7	¹⁾ 11,8	6,6
26. Franken	8,1	20,5	39,9	36,4	45,7	18,8	2,3	4,0	7,1	5,4	15,7	21,8	3,2	3,3	2,0
27. Pfalz	5,6	22,8	43,7	42,6	46,6	2,8	0,8	1,1	1,9	2,5	28,9	18,6	3,0	3,9	2,4
28. Dresden-Bautzen	1,8	16,1	39,3	34,0	43,6	11,5	5,0	5,5	8,2	7,7	34,9	30,3	7,1	9,0	4,9
29. Leipzig	1,9	14,0	36,1	31,0	40,0	6,6	3,7	4,5	7,4	6,5	36,8	29,6	6,3	7,6	5,0
30. Chemnitz-Zwickau	4,3	23,8	47,0	43,4	50,1	9,1	4,5	3,8	5,1	5,4	35,4	24,4	5,3	6,4	3,6
31. Württemberg	1,9	9,4	30,3	26,2	40,5	6,2	3,9	4,0	5,5	5,2	⁴⁾ 40,5	⁴⁾ 35,6	⁴⁾ 15,2	⁴⁾ 18,0	11,6
32. Baden	2,9	19,2	36,9	34,1	45,4	8,1	2,8	3,0	4,1	3,6	25,8	20,6	6,0	6,6	3,9
33. Hessen-Darmstadt	1,9	18,5	43,1	40,2	46,9	3,5	1,6	2,0	3,1	2,8	37,3	25,8	3,4	5,5	4,6
34. Hamburg	2,6	19,2	33,7	27,2	38,8	12,8	4,2	5,2	9,4	8,0	29,5	25,0	9,6	11,0	6,7
35. Mecklenburg	2,0	20,1	44,8	37,0	48,0	16,3	10,6	9,5	15,7	14,9	33,5	24,8	3,6	4,1	2,4
Deutsches Reich	2,6	18,3	37,4	33,1	43,9	14,2	7,0	5,9	8,9	8,0	27,1	22,3	4,9	5,6	3,6

Anmerkungen: ¹⁾ Endgültige Wahlergebnisse nach den Berichten des Reichswahlleiters (Verlag Reimar Hobbing: „Hauptergebnisse der Wahlen zum Reichstag“). Für März 1933 sind die vorläufigen Wahlergebnisse verwendet.

²⁾ Einschliesslich der Stimmen für den „Radikalen Mittelstand“, aber ohne die für den „Thüringer Landbund“.

³⁾ Darunter der „Thüringer Landbund“.

⁴⁾ Darunter die „Deutsche Bauernpartei“.

⁵⁾ Darunter der „Württembergische Bauern- und Weingärtnerbund“.

Zweimdfüßzig gegen achtmdyertzig

von 1928 bis 1933 nach Wahlkreisen.

entfielen auf															Wahlkreise
Zentrum bzw. Bayr. Volksp.					Sozialdemokraten					Kommunisten					
Mal 1928	Sept. 1930	Juli 1932	Nov. 1932	März 1933	Mal 1928	Sept. 1930	Juli 1932	Nov. 1932	März 1933	Mal 1928	Sept. 1930	Juli 1932	Nov. 1932	März 1933	
7,4	7,9	7,7	7,5	6,5	26,8	21,1	19,7	19,9	14,6	9,5	11,8	12,9	13,9	8,7	1. Ostpreussen
3,4	3,6	4,6	4,2	4,7	34,0	28,0	27,9	23,8	22,5	29,6	33,0	33,4	37,7	30,1	2. Berlin
3,1	3,4	5,3	4,6	5,2	30,6	25,9	26,3	22,8	20,6	17,5	19,7	20,3	23,2	17,8	3. Potsdam II
2,1	2,3	3,0	2,7	2,8	34,6	28,7	26,7	23,5	20,8	17,1	20,0	20,1	23,6	18,0	4. Potsdam I
6,0	5,8	6,3	6,2	6,0	33,1	26,6	23,5	22,7	18,6	6,0	9,3	9,6	11,4	7,4	5. Frankfurt a. d. O.
1,0	1,1	1,5	1,2	1,1	30,2	24,7	21,0	19,8	16,2	6,1	8,8	10,8	12,1	7,6	6. Pommern
15,8	16,0	14,7	15,0	13,3	37,8	29,3	24,4	23,1	19,2	4,5	7,8	8,8	10,5	8,2	7. Breslau
7,9	7,8	7,2	7,1	6,5	37,8	32,0	26,3	26,4	21,4	4,2	6,1	7,6	9,9	6,7	8. Liegnitz
40,0	35,2	34,7	35,9	32,3	12,6	9,3	8,7	9,1	6,9	12,7	16,6	17,0	16,9	9,2	9. Oppeln
1,7	1,7	2,0	1,9	1,8	43,0	37,2	32,3	31,0	27,6	7,2	10,0	11,1	13,3	10,6	10. Magdeburg
1,4	1,3	1,6	1,5	1,5	23,8	19,5	19,8	19,3	16,4	24,4	25,0	24,3	27,1	21,5	11. Mersburg
4,1	4,2	4,6	4,4	4,1	33,3	28,9	22,2	21,6	19,2	12,4	15,2	16,8	19,5	15,2	12. Thüringen
1,1	1,0	1,2	1,0	1,0	35,3	29,8	26,2	24,7	22,2	7,9	10,6	10,7	13,3	10,7	13. Schleswig-Holstein
17,2	18,6	18,2	17,9	16,1	29,3	24,3	22,4	21,7	19,6	5,1	6,3	7,9	10,3	7,9	14. Weser-Ems
1,3	1,3	1,4	1,3	1,3	32,8	28,1	24,5	23,3	19,7	5,8	7,5	8,2	10,4	7,5	15. Osthannover
4,6	4,7	5,0	4,7	4,6	45,6	39,4	31,6	31,0	27,9	3,5	5,5	8,1	10,7	7,5	16. Südhan.-Braunschw.
31,5	31,5	32,9	31,9	28,7	24,4	19,8	18,0	16,9	15,6	8,9	11,3	13,0	15,8	10,7	17. Westfalen-Nord
23,3	22,1	23,6	23,1	22,5	29,5	21,3	18,8	16,7	16,6	11,9	17,0	20,6	23,2	16,8	18. Westfalen-Süd
14,8	14,1	15,0	14,0	13,9	32,2	25,8	22,4	20,2	18,7	8,0	10,0	10,5	13,5	9,0	19. Hessen-Nassau
42,0	36,4	40,5	39,3	35,9	18,5	14,1	14,6	14,7	12,0	10,4	14,5	17,5	19,3	14,3	20. Köln-Aachen
50,2	46,8	46,2	45,8	40,9	12,4	9,3	8,8	9,6	7,1	4,9	6,3	8,6	9,6	6,0	21. Koblenz-Trier
20,9	18,6	20,6	20,5	19,7	19,0	13,7	12,2	11,5	10,5	22,4	26,0	26,3	28,3	22,5	22. Düsseldorf-Ost
35,6	30,7	34,1	32,9	30,4	17,2	11,8	10,2	9,6	9,0	14,7	17,5	19,8	22,6	15,5	23. Düsseldorf-West
32,4	33,6	36,7	35,5	29,0	22,7	19,3	15,4	14,9	14,0	4,3	6,1	8,8	11,7	7,0	24. Oberbay.-Schwaben
43,7	43,6	48,0	47,1	37,6	15,3	12,8	11,2	10,6	9,4	2,2	4,7	8,2	9,4	5,2	25. Niederbayern
25,7	25,3	24,7	24,4	22,5	28,5	25,3	21,2	20,2	19,4	3,0	4,8	6,9	8,5	5,0	26. Franken
26,4	24,9	23,8	22,5	22,7	29,0	22,4	17,6	16,1	16,8	7,1	10,5	10,7	12,9	9,0	27. Pfalz
1,4	1,4	2,1	1,9	2,0	39,1	34,7	31,1	29,5	28,4	10,3	12,4	14,3	17,0	13,4	28. Dresden-Bautzen
0,6	0,6	1,1	1,1	1,0	37,0	34,9	33,1	32,2	30,1	16,1	17,2	18,7	20,7	17,4	29. Leipzig
0,5	0,5	0,7	0,6	0,6	33,5	28,3	22,4	22,3	21,3	16,2	18,5	19,6	21,4	19,0	30. Chemnitz-Zwickau
20,4	21,6	21,8	20,5	18,2	23,6	20,1	17,6	15,2	15,1	7,2	9,4	11,0	14,5	9,4	31. Württemberg
32,8	29,9	29,1	27,8	25,4	22,5	17,9	13,6	13,0	11,9	7,7	9,6	11,2	14,3	9,8	32. Baden
16,0	13,9	14,8	14,0	13,4	32,3	28,9	26,2	23,3	21,5	8,7	11,3	10,2	13,7	10,8	33. Hessen-Darmstadt
1,5	1,5	2,0	1,8	1,9	36,8	32,0	31,7	28,6	27,0	16,8	18,0	17,7	21,9	17,6	34. Hamburg
0,7	0,7	1,2	0,9	0,8	41,7	35,2	31,3	30,5	26,5	5,6	8,6	9,4	11,7	7,4	35. Mecklenburg
15,2	14,8	15,7	15,0	13,9	29,8	24,5	21,6	20,4	18,3	10,6	13,1	14,3	16,9	12,3	Deutsches Reich
darunter Bayr. Volkspartei:															
3,1	3,0	3,2	3,1	2,7											

Nicht nur als Resultat einer wahlstatistischen Analyse dürfte die Feststellung von Interesse sein, dass im grossen und ganzen sowohl die sozialdemokratischen Stimmen als auch der katholische Wählerblock sich in allen letzten Wahlen ausserordentlich stabil gezeigt haben. Es fehlt hier jede Parallele zu dem Zusammenbruch der liberalistischen bürgerlichen Parteien, die ursprünglich das Hauptkontingent für die Anhängerschaft des deutschen Nationalsozialismus lieferten. Das zeigt ein Blick auf die graphische Darstellung 2, das beweisen sogar die letzten Kommunalwahlen, zum mindesten für das Zentrum und für die SPD., und unter Berücksichtigung der Wahlumstände sogar für die Kommunisten.

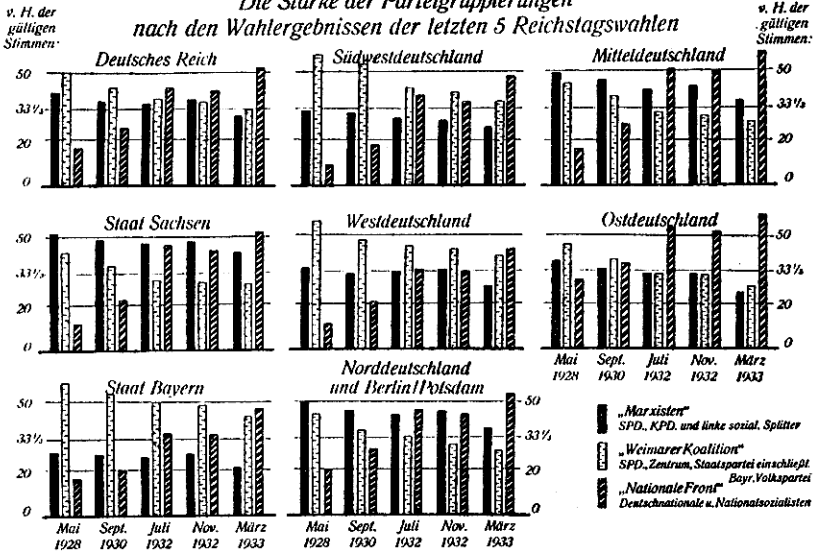
Es erhielten Stimmen in Tausend:		Nationalsozialisten	Deutschnationale	Zentrum	SPD.	KPD.
Berlin	31. 7. 1932	757	219	130	722	722
	6. 11. 1932	721	315	123	647	861
	5. 3. 1933	1031	326	148	647	729
	12. 3. 1933	984	311	120	566	500
Breslau	31. 7. 1932	162	17	42	97	39
	6. 11. 1932	152	25	45	89	45
	5. 3. 1933	198	22	44	80	44
	12. 3. 1933	179	24	41	77	27
Magdeburg	31. 7. 1932	74	13	5	71	24
	6. 11. 1932	62	18	4	65	29
	5. 3. 1933	85	21	5	64	25
	12. 3. 1933	74	26	4	61	16
Hannover	31. 7. 1932	116	13	13	106	27
	6. 11. 1932	102	23	13	99	38
	5. 3. 1933	131	24	13	98	29
	12. 3. 1933	116	25	12	90	18
Frankfurt a. M. ...	31. 7. 1932	128	9	46	86	45
	6. 11. 1932	119	13	41	80	63
	5. 3. 1933	169	14	47	80	49
	12. 3. 1933	158	13	38	63	32
Köln a. Rhein ...	31. 7. 1932	102	13	117	76	91
	6. 11. 1932	77	21	102	65	92
	5. 3. 1933	147	25	113	66	80
	12. 3. 1933	147	20	105	49	41

Die Stimmenreserven der *Deutschnationalen* sind nicht stark genug gewesen, ihnen im parlamentarischen Bunde mit den Nationalsozialisten eine zahlenmässig bedeutsame Stütze zu sichern. Immerhin haben sie bei den Stadtverordnetenwahlen am 12. März teilweise ihre Stimmenzahl verbessern können, obwohl die durchweg schlechtere Wahlbeteiligung allen anderen Parteien einen Rückgang ihrer absoluten Stimmenzahl brachte. Hier machten auch die Nationalsozialisten nur in seltenen Fällen eine Ausnahme, zum Teil haben sie sogar merklich abgenommen. Eine interessante Ausnahme ist Köln. Trotz Rückgangs der Wahlbeteiligung von 80 auf 67 v. H. hielten die Nationalsozialisten in Köln ihre Stimmenzahl, während alle anderen Parteien verloren.

Obgleich eine Betrachtung der Wahlergebnisse nach den einzelnen deutschen Ländern schon deshalb lohnend wäre, weil die Reichstagswahlergebnisse für die ausserpreussischen Länder zur Grundlage einer Neubesetzung der Landesparla-

Graphische Darstellung 2

Die Stärke der Parteigruppierungen
nach den Wahlergebnissen der letzten 5 Reichstagswahlen



mente bestimmt worden sind, haben wir unsere statistische Wahlanalyse neben der Wiedergabe der Wahlkreisergebnisse (Tabelle 2) auf die Gliederung Deutschlands in einige grosse Gebiete (Tabelle 1) beschränkt. Dabei sind Bayern und Sachsen besonders dargestellt. Die übrige gewählte Gebietsaufteilung gestattet insofern wichtige Rückschlüsse aus den Wahlergebnissen, als sie sowohl die wirtschaftliche als auch die religionsmässige Struktur Deutschlands berücksichtigt.

Die Kräfteverteilung der verschiedenen Parteien bzw. Parteigruppierungen war in den einzelnen Teilen Deutschlands in allen früheren Wahlgängen sehr verschieden. Hierin lag die Stärke der im deutschen Staatsleben trotz der unitarischen Tendenz der Weimarer Verfassung sehr lebendigen föderalistischen Kräfte. Auch bei der Wahl am 5. März hat sich im Grunde genommen der alte Zustand sehr verschiedenartiger Kräfteverteilung erhalten, wie die Wahlergebnisse (Tabelle 1, graphische Darstellung 2) ausweisen. Der überraschende Niederbruch des die Staatsneuordnung im vergangenen Jahrzehnt wirksam hemmenden Föderalismus durch eine kraftvolle politische „Gleichschaltung“ von Nord und Süd des Reiches war die revolutionäre Tat einer starken und zielbewussten Reichsregierung, sie war am wenigsten im Stimmungsumschwung der bayrischen Wählerschaft begründet, sie war keinesfalls das automatische Ergebnis eines überwältigenden Sieges des Einheitsstaatsgedankens in bisher föderalistisch gesinnten Wählermassen.

Der ausserordentliche Wahlerfolg der *Nationalsozialisten* in den *süddeutschen Gebieten* und in den rheinischen Hochburgen des Zentrums war im wesentlichen ein Nachholen von Wahlerfolgen, die ihnen in den vorangegangenen Wahlkämpfen, insbesondere durch die Gegenpropaganda des Klerus, gerade in diesen Gebieten versagt blieben. (Siehe Tabelle 2.) Es sollte der Angleichung der bisher in den katholischen Gebieten gebremsten nationalistischen Bewegung an den Stand aller anderen deutschen Gebiete nicht ohne weiteres übersteigerte nationalpolitische Bedeutung zugewiesen werden. Schliesslich haben weder Bayern noch Südwestdeutschland die sonst in allen anderen Reichsgebieten zustande gekommene nationalsozialistisch-deutschnationale Mehrheit.

Vom *Vielparteiensystem*, einer der wirklichen Schwächen der Verfassungsform seit 1919, haben sich in den letzten Wahlen eigentlich nur noch *fünf grosse Parteien* erhalten. Im Zuge dieser Entwicklung lässt sich bei den letzten Wahlen beobachten, dass die alten Parteien in ihren sogenannten Hochburgen sich mindestens ebensogut behaupteten wie dort, wo sie im örtlichen politischen Leben die Stellung einer Flügelpartei einnahmen. Wengleich natürlich auch hier die alte Wahrheit gilt, dass dort, wo sowieso nicht viel ist, es nicht viel zu verlieren gibt. Unter dieser Devise haben sogar die bürgerlichen Splitterparteien sich bei der letzten Wahl hier und da „gut behauptet“.

Im politischen Kraftfeld grosser Landesgebiete sind die Parteigeilde, denen der Nationalsozialismus gegenübersteht, auch am 5. März nicht atomisiert worden. In der Mehrzahl der Wahlkreise hatte der Nationalsozialismus am 5. März keine Mehrheit, fast überall standen ihm im Zentrum oder in der Sozialdemokratie starke oder doch beachtliche Minderheiten entgegen, die zusammen z. B. in Westdeutschland die nationalsozialistische Wählerschaft zahlenmässig überragen. Besonders die katholische und sozialistische Arbeiterschaft ist ihren traditionellen Organisationen im Reichstagswahlkampf treu geblieben, was die neuordnende Staatsgewalt nicht übersehen sollte. Eine Minderheit, die selbst hart die Grenze erreichte, die sie zur oppositionellen Mehrheit hätte werden lassen und die aus organisch gewachsenen grossen Parteien weltanschaulichen und sozialen Gepräges besteht, kann nicht ohne Gefahr für den Bestand einer lebendigen und schöpferischen Nation isoliert und von jeder Mitwirkung im politischen und sozialen Leben ausgeschlossen bleiben. Und das um so weniger, je mehr das künftige Staatsleben von dem Prinzip der Weimarer Verfassung abweichen sollte, dass jede Minderheit auf dem Wege der demokratischen, unbeeinflussten und ungehinderten Volksabstimmung zur Mehrheit und zum verantwortlichen Träger der Staatsführung werden kann. Die Lösung der brennenden sozialen Fragen wird jedenfalls durch Ausschalten von Zehntausenden in jahrzehntelanger Pflichterfüllung geschulter Gewerkschafter aus allen öffentlichen und sozialen Funktionen in keiner Weise gefördert. Ein Ausserachtlassen der Tatsache, dass Deutschland sich mitten in der unerhörten Aufgabe befindet, eine Wirtschaftskrise nie gekannten Ausmasses zu überwinden, könnte sich bitter rächen. Die Gewichte 52 zu 48 sind eben nicht nur staatsrechtlich bedeutsam. Auch die *soziale „Mainlinie“* müsste ein Unglück für Deutschland werden.

Zur Person:

Adam Wolfram, geb. 17. 2. 1902 in Dietlas/Rhön; Beruf Bergmann; seit 1918 gewerkschaftlich und seit 1919 in der SPD organisiert. 1922 Lehrgang im Volkshochschulheim in Dreißigacker. 1923 Besuch der Volkswirtschaftsschule in Jena. Am 1. Mai 1925 als Geschäftsführer im Bergarbeiterverband angestellt. Von 1925 – 1927 Teilnahme an den Abendseminaren der Universität Halle. 1928 – 1933 Bezirkssekretär in Halle. Lehrgang an der staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Berlin. Während der Naziherrschaft im Widerstand gearbeitet. Von der Gestapo mehrmals verhaftet und in Schutzhaft genommen. Von 1945 bis 1950 zweiter Landesvorsitzender des FDGB von Sachsen-Anhalt. 1947 Mitglied des Landtages Sachsen-Anhalt. 1948 bis Ende 1950 Präsident des Landtages. 1951 Flucht nach Westdeutschland. 1952 Sekretär in der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie. 1956 bis zur Pensionierung Bezirksleiter in Aachen.

© Gedenkstätte Deutscher Widerstand
Stauffenbergstraße 11–14, 1000 Berlin 30
2. Auflage 1985

Redaktion: Nicolaus Starost

Mitarbeiter: Hans-Rainer Sandvoß

Druck: Wilhelm Möller KG, Oranienamm 48, 1000 Berlin 28

ISSN 0175–3592

Diese Broschüre wird unentgeltlich abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt